

02 | 2017

■ Die „Grüne Liste“ von Fritz Kuhn	04
■ Haushaltsdebatten öffentlich?	05
■ Mehr Geld für nachhaltige Mobilität	07
■ Flüchtlinge in Ausbildung? Stolpersteine	08
■ „Wohnungen in städtische Hand!“	11
■ Investieren in unsere Schulen!	12
■ Suchtprävention und Suchthilfe bedarfsgerecht ausbauen	13
■ Forum der Kulturen stärken	17
■ Neckarwelle	18
■ Sportpolitik: Raus aus der Nische!	19
■ Bienenweiden, Taubenschläge	20
■ Biotopverbund: Lebensräume vernetzen	21
■ Aus den Bezirken: „Park für alle“ – Über Partizipation zu Identifikation – Synagogenparkplatz – Neues Quartier für Jung und Alt – ...	22
■ Vom Plus ins Minus mit der IHK	32

LEITZIELE FÜR STUTT GART

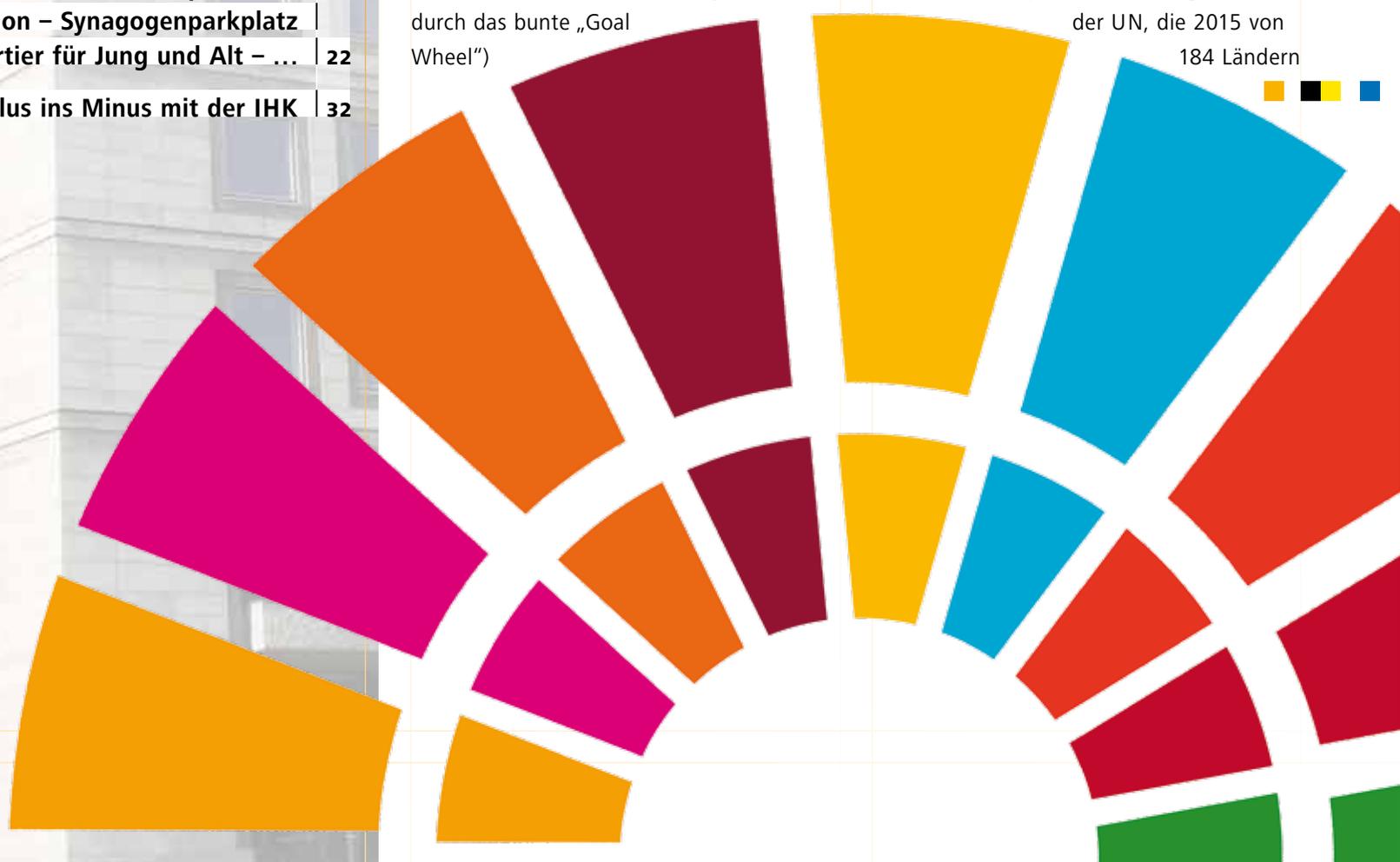
Fit für die Zukunft?

■ **HAUSHALT 2018/19** | Was macht Stuttgart mit der Welt und was macht die Welt mit Stuttgart? Wir Stuttgarter*innen haben durch unsere Verflechtungen, ob wirtschaftlich oder kulturell, großen Einfluss auf das Geschehen weltweit. Damit sich unsere Stadt – und dadurch auch die Welt – zukunftsfähig und nachhaltig entwickeln kann, haben wir bei unserer Arbeit im Gemeinderat die UN-Nachhaltigkeitsziele im Blick. Unsere Vorschläge für den Haushalt 2018/19 der Landeshauptstadt Stuttgart sind geprägt davon.

Weil also wir als Kommune Teil der Welt sind und unser Handeln Auswirkungen auf andere hat, haben wir uns bei der Erarbeitung unserer 92 Anträge für den Stuttgarter Stadthaushalt die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (symbolisiert durch das bunte „Goal Wheel“)

als Kompass genommen. Die Absicht hinter diesen Zielen ist die weltweite nachhaltige Umgestaltung in Bezug auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt.

WIE DIE WELT, SO AUCH WIR: PEU À PEU ZUKUNFTSFÄHIGER | 1972 kam im Brundtland-Report erstmals die Idee einer „nachhaltigen Entwicklung der Länder“ auf. 1992 auf der Weltkonferenz in Rio vermerkte man, dass der Unterschied zwischen den nördlichen und den südlichen Ländern der Erde verheerend ist. Die Welt formulierte daraufhin die Leitlinie einer nachhaltigen Entwicklung. Man sprach von entwickelten Ländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern. 2002 war davon keine Rede mehr; die Weltgemeinschaft hatte verstanden, dass dieses Denken nicht der Realität entspricht. Mit der Agenda 2030 der UN, die 2015 von 184 Ländern



EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Wochen vor dem Jahreswechsel sind in den ungeraden Jahren im Stuttgarter Rathaus immer **dominiert von den Haushaltsberatungen**. In tagelangen Sitzungen merkt man nicht nur, dass die Weihnachtszeit naht, sondern auch, dass sich der Zeitgeist wieder etwas weiterbewegt hat und die Anforderungen an die Kommunalpolitik und uns Stadträt*innen doch wieder etwas anders gelagert sind als zwei Jahre zuvor.

Unsere Stadt ist noch attraktiver geworden – noch mehr Menschen sind in den letzten Jahren nach Stuttgart gezogen, der Arbeit wegen, der Liebe wegen oder auch, weil sie aus ihrer Heimat fliehen mussten. **Wohnungen sind knapp**, günstige sowieso, **die Bahnen und Straßen sind gut gefüllt**, das Leben pulsiert. Tourist*innen kommen jedes Jahr mehr, und die Stadt ist beliebt für Tagungen und Kongresse. Aber auch zu viele Autos wollen jeden Tag hinein. Die besondere Verbundenheit mit dem Auto ist in Stuttgart allortend greifbar. Die Bürger*innen der Stadt haben zunehmend genug von Stau, Lärm und Emissionen, genug von der **Dominanz der Fahrzeuge im Stadtraum**. Da gilt es bereits heute, sich Gedanken zu machen, wie wir in zehn, 15 Jahren leben werden.

Bei der Planung neuer Quartiere wird das die Frage sein, und die **Internationale Bauausstellung wird hier Impulse geben**. Das Wort „Vision“ hat derzeit Hochkonjunktur im Rathaus. Doch dann wird es wieder kurzfristig und plötzlich konkret – Haushaltsberatungen eben, und Projekte für die nächsten zwei Jahre in Euro und Cent. Lesen Sie in diesem STADTBLATT, **welche Ideen und Schwerpunkte uns bei den Debatten um den Haushalt 2018/19 geleitet haben**.

Wir wünschen Ihnen eine frohe Weihnachtszeit und einen guten Jahreswechsel nach 2018!


Andreas G. Winter

unterzeichnet wurde, gab es dann einen Paradigmenwechsel: Die neue Erkenntnis ist, dass alle Länder gleichermaßen Entwicklungsländer sind – individuell sind nur die jeweiligen Entwicklungsfelder.

WO WOLLEN, WO MÜSSEN WIR UNS WEITERENTWICKELN? | Der Prozess zur Agenda 2030 hat 17 Ziele hervorgebracht, die für alle Länder dieser Welt gelten und alle unteilbar und gleich gewichtet sind. Jedes Land muss sich daher die Frage stellen, in welchem Bereich es sich weiterentwickeln sollte. Ein afrikanisches Land, in dem die Menschen einen kleineren ökologischen Fußabdruck hinterlassen, sollte Ziele wie Innovation, Wachstum und Struktur verfolgen. Ein entwickeltes Land wie Deutschland sollte sein Augenmerk auf den Klimaschutz, nachhaltigen Konsum oder auf die Auswirkungen der eigenen Ernährungsweise lenken. Die Ziele bedingen sich alle gegenseitig. Manchmal befruchten sie sich, manchmal können sie nicht alle gleichzeitig realisiert werden – und deswegen braucht es auch immer wieder interessierte, engagierte Menschen, die demokratisch entscheiden: Welches ist jetzt das Entwicklungsziel, das wir priorisieren müssen? Müssen wir in einer Stadt wie Stuttgart das Ziel Wachstum unbedingt fördern, oder ist vielleicht Klimaschutz einen Tick wichtiger für uns? Wo stehen wir? Das ist natürlich nicht in den Zielen an sich beantwortet, das müssen die Bürger*innen und ihre Repräsentant*innen immer wieder im Einzelnen entscheiden.

92 GRÜNE HAUSHALTSANTRÄGE, 92 MAL NACHHALTIG | Eines der Agenda-2030-Unterziele heißt etwa: „Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen und somit die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern.“ Also ist es unsere Aufgabe, uns die Frage zu stellen: Was können wir in Stuttgart tun, um die Landwirtschaft zu befähigen, naturverträglicher zu werden?

Einen großen Schritt in diese Richtung wollen wir Grünen in diesen Haushaltsberatungen damit gehen, dass wir den Anteil an Bio-Produkten beim Schulessen erhöhen. Es ist nachgewiesen, dass Bio-Essen gesünder ist; in den Nahrungsmitteln finden sich weniger Pestizide und Herbizide – was natürlich wiederum positive Effekte auf unsere Böden und das Grundwasser hat. Mit dem Kauf von Bio-Produkten stärkt man außerdem die ökologische Landwirtschaft und befördert den regionalen Arbeitsmarkt, weil ökologische Landwirtschaft arbeitsintensiver ist und mehr Personal benötigt.

WIR GEHEN AUFS GANZE! | Der Blick fürs Ganze ist bei den anderen Fraktionen im Gemeinderat nicht unbedingt verbreitet und spielt in der tagesaktuellen Debatte oft keine Rolle. Deshalb braucht es uns Grüne – um diese Zusammenhänge immer wieder verständlich und greifbar zu machen.

Anna Deparnay-Grunenberg

Globale Ziele lokal umsetzen – etwa umweltverträgliche Landwirtschaft, nachhaltigen Konsum. Das sind zwei der in den 17



„Zukunfts- und weltbewusst!“

Haushaltsrede (gekürzt) der grünen Gemeinderatsfraktionsvorsitzenden

HAUSHALT 2018/19 | Haushaltsberatungen sind immer wieder eine besondere Phase, denn in diesen Wochen werden alle Vorstellungen, alle Projekte und Überzeugungen aller politischen Gruppierungen im Stuttgarter Gemeinderat mit der Realität abgeglichen. Wo wollen oder müssen wir mehr Energie hineinstecken, wo setzen wir Prioritäten? Aber auch: Was kann nicht nur durch mehr Geld verändert werden? Der Haushaltsentwurf der Verwaltung ist ein ambitionierter, der viele urgrüne Themen enthält. Etwa die Stärkung des ÖPNV: Ganze neun Millionen Euro jährlich stehen in der Grünen Liste für die Zusammenlegung der Zonen 10 und 20. Damit wird eine alte Forderung von uns Grünen – eine Zone für Stuttgart – endlich Wirklichkeit. Wir begrüßen zudem die Maßnahme „Sauberes Stuttgart“ und sind begeistert von der Idee des Oberbürgermeisters, die „grüne Infrastruktur“ in der Stadt noch aktiver auszubauen. Mit unseren Anträgen wollen wir Stuttgart zudem als Teil der Weltgemeinschaft nachhaltig weiterentwickeln. Unser Kompass bei der Erstellung unserer 92 Haushaltsanträge sind die UN-Nachhaltigkeitsziele. [siehe Abbildung unten]

Damit wir in Stuttgart gut durchatmen können und fit bleiben, beantragen wir zudem die Erhöhung des Fahrrad-Etats. Wir wollen jedes Jahr zusätzlich zum bereits eingestellten Rad-Etat 1,1 Millionen Euro bereitstellen, etwa als Planungsmittel für weitere Radrouten und mehr Personal. Außerdem wollen wir in Abstellanlagen oder Fahrradparkhäuser investieren. Denn wenn wir wollen, dass sich das Mobilitätsverhalten in unserer Stadt noch mehr verändert, müssen wir auch die Infrastruktur dafür schaffen.

NACHHALTIGKEIT IST FÜR UNS GRÜNE IMMER AUCH EIN ABWÄGUNGS-PROZESS. | Man kann Nachhaltigkeit nicht ohne Dialog voranbringen! Wir wollen mehr Dialog – und treten jetzt mit der neuen städtischen Leitlinie zur Bürgerbeteiligung in eine neue Ära ein. Und wir wollen in diesen Haushaltsberatungen auch den Bezirken mehr Möglichkeiten geben, selbstständig Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort umzusetzen.

Wir schlagen eine aktive und strategische Liegenschaftspolitik vor, um Schlüsselgrundstücke in städtische Hand zu bekom-

FÜR EIN NACHHALTIGES STUTTGART: Alle 92 Anträge der grünen Gemeinderatsfraktion zu den Haushaltsberatungen haben wir veröffentlicht unter www.lust-auf-stadt.de/index.php?article_id=1755

men und eine Art Bodenvorrat anzulegen, wofür wir einen Ankaufs-Überschuss von zehn bis 20 Millionen Euro jährlich bereitstellen. Zum einen, um mehr Wohnraum zu entwickeln, und zum anderen, um aktiv gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zu betreiben. Wichtig ist für uns Grüne auch, dass wir unsere neuen Ideen und Konzepte mit Personalstellen hinterlegen. Denn es reicht nicht, nur immer mehr Geld einzustellen, das dann nicht ausgegeben werden kann, weil die Umsetzung aufgrund von fehlendem Personal nicht machbar ist.

VERÄNDERUNG NICHT FÜRCHTEN, SONDERN SELBST VORANTREIBEN | Die Welt ist im Wandel. Wir Grünen im Stuttgarter Gemeinderat sind davon überzeugt, dass wir uns, wenn wir hier in Stuttgart gut leben wollen, nicht vor Veränderungen fürchten dürfen. Wir müssen selbst die Veränderungen vorantreiben.

Anna Deparnay-Grunenberg



Nachhaltigkeitszielen der UN enthaltenen Unterziele, die wir Grünen in Stuttgart angehen wollen. Grafik: UN Division for Sustainable Development, Foto: Redaktion

The infographic shows three Sustainable Development Goals (SDGs) from the United Nations:

- Goal 6: CLEAN WATER AND SANITATION** (Icon: Water tap with a drop)
- Goal 12: RESPONSIBLE CONSUMPTION AND PRODUCTION** (Icon: Recycling symbol)
- Goal 17: PARTNERSHIPS FOR THE GOALS** (Icon: Interlocking circles)

Other visible icons include Gender Equality (male and female symbols with an equals sign) and Sustainable Cities and Communities (city buildings).



Die „Grüne Liste“ von Fritz Kuhn

Die grüne Fraktion feiert den neuen Kurs, den der OB beim Personal einschlägt, und die grünste „Grüne Liste“ ever.

■ HAUSHALT 2018/19 | EIN HAUSHALT DER FÜLLE

Vor zwei Jahren sprach ich in meiner Rede zum Haushalt 2016/17 von „fetten Jahren“ – wie es aussieht, sind sie seither noch viel fetter geworden. Die Wirtschaft brummt, die Steuereinnahmen sprudeln. Der Haushalt, den wir jetzt beraten, ist ein Haushalt der Fülle – was nur dann eine Freude ist, wenn die Wünsche und Begehlichkeiten nicht noch schneller wachsen als die Einnahmen. Weil wir wissen, dass auch wieder andere Zeiten kommen werden, blieben wir mit unseren Anträgen zum Haushalt maßvoll.

Dass der Haushaltsentwurf von OB und Kämmerer mit einem Gesamtvolumen von 690 Millionen Euro den letzten (485 Millionen Euro) deutlich übertraf, ist aber auch einem selbstbewussten Gemeinderat zu verdanken. Nicht zuletzt wir Grünen hatten immer wieder die Praxis des Kämmerers

kritisiert, beim Einbringen des Haushalts viele mahnende Worte über drohende Gefahren zu finden – um dann später stolz große Jahresüberschüsse zu präsentieren. Nicht, dass wir eine sparsame Haushaltsführung nicht zu schätzen wüssten: Sanierungen oder Unterhaltungsinvestitionen dürfen aber nicht unterbleiben und das Personal nicht über Gebühr beansprucht werden. Insofern wissen wir es zu würdigen, dass in diesem Entwurf „mit kaufmännischer Zuversicht“ die Grenzen des Vertretbaren weiter gesteckt sind.

In der grünsten „Grünen Liste“, die es in dieser Stadt wohl je gab, ist die Handschrift von OB Kuhn unverkennbar, der die Schwerpunkte auf die Verbesserung der Lebensqualität für die Bürger*innen und der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft legt. Gerade in den zukunftsorientierten Maßnahmenpaketen findet sich viel, wofür wir in den letzten Jahren mit den Boden bereitet haben. Es war eine grüne Fraktion, die 2009 den gigantischen Sanierungstau an Stuttgarter Schulen zum Thema gemacht und das erste große zig-Millionen schwere Sanierungsprogramm auf den Weg gebracht hat. Der aktuelle „Haushalt der Infrastrukturverbesserung“ (OB Kuhn) mit einer Investitionsquote von 16 Prozent, einem Spitzenwert unter den deutschen Großstädten, findet daher weitgehend unsere Zustimmung und wird nur punktuell durch Anträge der Fraktion ergänzt.

Von den zukunftsorientierten Maßnahmenpaketen des OBs, die Stuttgart zu einer noch lebenswerteren Stadt für alle Einwohner*innen machen werden, will ich hier auf vier näher eingehen:

NACHHALTIG MOBIL IN STUTTGART

In diesem Paket sind Maßnahmen zusammengefasst, die der Reduzierung von Stau, Stress, Lärm und Luftverschmutzung in der Stadt dienen. Dafür werden in den nächsten beiden Jahren über neun Millionen Euro ausgegeben und in den vier Jahren über 24 Millionen Euro investiert. Der Rad-Etat wird deutlich aufgestockt – dennoch haben wir zusätzlich weitere Mittel beantragt. Wir finden, Stuttgart hat hier großen Nachholbedarf; der Anteil des Radverkehrs am Modal Split kann noch deutlich gesteigert werden.

Mittel sind vorgesehen für den Fußverkehr und Flaniererrouten, für intelligente Verkehrssteuerung, für die Verlängerung der Buslinie 65 und die Einrichtung von Busspuren in der Wagenburgstraße. Auf den Ausbau eines attraktiven, leistungsfähigen und zuverlässigen ÖPNV haben wir einen weiteren Schwerpunkt gelegt und u. a. Mittel für die Umsetzung der Bevorrechtigung der Stadtbahnen und Busse beantragt.

INKLUSION IN STUTTGART | Dieses Paket sieht knapp 5,9 Millionen Euro für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vor. Daraus wird beispielsweise das Bezirksrathaus Hedelfingen barrierefrei gemacht, die Generalsanierung der Margarete-Steiff-Schule mitfinanziert und behinderten- und altersgerechtes Wohnen gefördert.

SAUBERES STUTTGART | Rund zehn Millionen Euro und 123 Stellen werden für den Kampf gegen die Vermüllung öffentlicher Plätze und Parks eingesetzt. Künftig wird also öfter und umfangreicher gereinigt, zudem wird durch eine Öffentlichkeitskampagne Prävention betrieben. Dieses Paket wollen wir mit einer sozialen Komponente verknüpfen: Ein Teil der zu schaffenden Stellen soll mit vom Jobcenter betreuten Menschen besetzt werden, die Arbeitslosengeld II beziehen und in regulären Personalauswahlverfahren im Rahmen der Bestenauswahl möglicherweise nicht zum Zuge kommen.

GRÜNE INFRASTRUKTUR FÜR STUTTGART

Das zentrale Paket, mit dem die Lebensqualität für die Stuttgarter*innen erhöht und die Stadt klimafit gemacht wird. In den kommenden vier Jahren werden 24 Millionen Euro in sieben nachhaltig wirksame Programme investiert: das Artenschutzkonzept, das Förderprogramm zum Erhalt der von Weinbau geprägten Kulturlandschaft, das kommunale Grünprogramm, Pflege und Unterhalt der Grünanlagen und der Park- und Straßenbäume, die Investitionspauschalen für Kinderspielplätze und für Grünanlagen. Das Paket ergänzen wir u. a. mit diesen Anträgen: Die von Ehrenamtlichen geleistete Biotoppflege soll weitergeführt und der Biotopverbund gestärkt werden. Bäche und Fließgewässer wollen



■ HIER SPIELT DIE MUSIK, TANZT DAS BALLETT! PAKETPOSTAMT WIRD ZUM OPERNINTERIM

Das Wichtigste vorweg: Die Interimsoper auf dem Eckensee bleibt Phantasie, das Klima im Stadtgarten erträglich und das Königin-Katharina-Stift bleibt stehen. Die Musik wird dann ab 2023 oder 2024 einige Jahre im Paketpostamt spielen.

Die Pakethalle heute. Links im Bild: Opernlocationscouts Theresia Bauer und Fritz Kuhn. Foto: Petra Rühle

wir renaturieren, eine erste städtische begrünte Fassade in der Eberhardstraße realisieren, Brunnen fließen lassen und den Diakonissenplatz im Westen zum „Park für alle“ machen.

Herausheben will ich zudem, dass der Vorschlag des OBs die Schaffung von 513 neuen Stellen vorsieht – und damit einen dringend erforderlichen Kurswechsel vollzieht. Wir haben in diesem Jahr schon mehrfach die Schaffung oder Entfristung von Stellen beantragt, weil immer offensichtlicher ist, dass wachsende Aufgaben nicht mit gleichbleibendem Personalbestand geschultert werden können. In zahlreichen Ämtern wie dem Schulverwaltungsamt, dem Amt für öffentliche Ordnung, dem Jugendamt oder dem Stadtplanungsamt können Beschlüsse nicht umgesetzt oder gesetzliche Leistungen nicht erfüllt werden, weil zu wenig Mitarbeiter*innen für die Aufgaben zur Verfügung stehen. Wir halten trotz der hohen Zahl an neuen Stellen noch weitere für erforderlich; so beim Amt für Umweltschutz in der Klimatologie oder zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes. Zudem wollen wir zusätzliche Gelder für Maßnahmen zur Personalgewinnung und -erhaltung bereitstellen. Wie gesagt, ein sehr grüner Haushaltsentwurf, den wir noch punktuell ergänzt haben. Einige unserer Anträge stellen wir in dieser STADTBLATT-Ausgabe vor. Rückmeldungen wie immer willkommen!

Andreas G. Winter



SELBSTBEHERRSCHT

Transparent – und öffentlich?

Sollen Haushaltsdebatten hinter geschlossenen Türen stattfinden? Wir finden: ja. Jochen Stopper begründet's.

■ **HAUSHALT 2018/19** | Warum werden die erste und zweite Lesung der Haushaltsberatungen im Stuttgarter Gemeinderat eigentlich nicht öffentlich abgehalten? Und warum schließen sich die Grünen im Rathaus dieser auch in diesem Jahr wieder von SÖS-Linke-PluS vorgetragene Forderung nach mehr „Transparenz bei den Haushaltsberatungen“ nicht an? Schließlich waren es die Grünen, die im Land durch Änderungen der Gemeindeordnung u. a. dafür gesorgt haben, dass Vorberatungen auch öffentlich abgehalten werden können. In der Tat ist das Prinzip der Öffentlichkeit wesentlich für die Demokratie, denn hier sind politische Entscheidungen in hohem Maße zustimmungsabhängig und somit öffentlich begründungspflichtig. Die Öffentlichkeit der Verhandlung hat daher laut Gemeindeordnung Vorrang vor Nichtöffentlichkeit. Dennoch:

FÜR NICHTÖFFENTLICHE VORBERATUNGEN GIBT ES GUTE GRÜNDE. KOMPROMISSE STATT FENSTERREDEN!

Ein wesentlicher Grund für Nichtöffentlichkeit ist die Herstellung von Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit. Sie kann in demokratisch gewählten Gremien gerade in der Kommunalpolitik oft nur über Kompromisse hergestellt werden. Dazu müssen die

konkurrierenden Parteien und Fraktionen aufeinander zugehen, auch einmal Abstriche bei den eigenen Forderungen machen dürfen, auch einmal nachgeben können oder Pakete von Kompromissen unterschiedlicher Sachverhalte schnüren. Das ist häufig leichter möglich, wenn sich die Verantwortlichen im Entscheidungsfindungsprozess nicht permanent dem Druck öffentlicher Rechtfertigung ausgesetzt sehen. Nicht jedes für einen Verhandlungserfolg notwendige Zugeständnis lässt sich inhaltlich gut begründen, und mancher Kompromiss erschließt sich erst mit Blick auf das Gesamtergebnis einer Verhandlung. Ist dieser öffentliche Rechtfertigungsdruck permanent vorhanden, sinkt die Kompromissbereitschaft und damit die Entscheidungsfähigkeit. Es werden „Fensterreden“ gehalten, die eigenen Ziele und Argumente wiederholt und Positionen kompromisslos verabsolutiert.

TRANZPARENZVORSTOSS ENT-PUPPT SICH ALS NEBELKERZE. | Keine Fraktion hat dies in den letzten Jahren intensiver und exzessiver praktiziert als SÖS-Linke-PluS. Aber auch keine Fraktion war in den letzten Jahren, gemessen an den eigenen Zielen und Anträgen, erfolgloser als SÖS-Linke-PluS. Insofern passt die Forderung nach mehr Öffentlichkeit natürlich gut ins Bild. Ein mindestens genauso bedeutsamer Grund für Nichtöffentlichkeit von Vorberatungen

ist die Tatsache, dass Öffentlichkeit und Transparenz mitunter im Widerspruch stehen, dass Öffentlichkeit manchmal Intransparenz geradezu erzeugt. Denn selbstverständlich werden sich politisch Verantwortliche in der Regel nicht dauerhaft damit abfinden, nur Fensterreden auszutauschen und zu keinen Entscheidungen im eigenen Interesse zu kommen. Selbstverständlich werden sie nach Wegen suchen, ihre Interessen und Ziele durchzusetzen und dafür Mehrheiten zu schmieden. Dafür müssen natürlich Kompromisse geschlossen werden – und wenn diese in öffentlichen Beratungen und Verhandlungen nicht möglich sind, werden sie im Vorfeld und außerhalb der öffentlichen Gremien gesucht: in informellen Kreisen und Gremien, in Hinterzimmern abseits jeder Öffentlichkeit.

Der Zwang zu öffentlichen Vorberatungen kann also das Gegenteil von Transparenz erzeugen, nämlich noch mehr Intransparenz. Öffentlichkeit ist dann nicht mehr Ausdruck besonders demokratischer Entscheidungsprozesse, sondern:

Ein Vehikel von Intransparenz.

Jochen Stopper



VERKEHR I

Beim Rad geht noch mehr!

HAUSHALT 2018/19 | Radverkehr ist nicht die Lösung für Feinstaub, aber er trägt zur Verbesserung des Innenstadtklimas bei. E-Räder boomen in Stuttgart, denn sie machen Berge bedeutungslos. Der Radverkehr nimmt in rasantem Tempo zu. Damit der Ausbau des Radwegenetzes schneller geht als bisher, wollen wir Stellen schaffen und den Etat erhöhen. Die Infrastruktur fürs Fahrrad kostet zwar Geld, ist aber sehr viel billiger als der Straßenbau für Autos.

GUT GEGEN FEINSTAUB: IN STUTTGART GIBT'S DANK E-BIKES EINEN FAHRRADBOOM. TROTZ AKUTEM STELLPLATZMANGEL.

| Auch wollen viele ihr teures Pedelec sicher abstellen. Deshalb möchten wir Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen bauen. Genauso wichtig, vielleicht sogar noch wichtiger, sind sichere Abstellanlagen in dicht besiedelten Wohngebieten wie dem Stuttgarter Westen, Süden oder Osten. So mancher und manche hätte sich längst ein Pedelec gekauft, mit dem man jeden Berg hochkommt – aber es ist zu schwer, um es in den Keller zu tragen. Wer keine Garage hat, weiß nicht wohin damit. Auf einen Autoparkplatz passen acht Fahrräder oder vier Lastenräder in einer abschließbaren Fahrradbox. Wir wissen aber, wie umstritten jeder einzelne Parkplatz ist. Deshalb schlagen wir vor, dass Anwohner*innen, die eine Parkberechtigung abgeben, das Recht auf zwei Fahrradparkplätze in so einer Box bekommen. Finden sich vier Parteien zusammen, dann bedeutet das drei Autos weniger in der Straße. Auf einem dieser Parkplätze steht die Fahrradbox; bleiben immer noch drei Parkplätze, die die Straße gewonnen hätte. Das ist eine gute Sache, für die wir Geld ausgeben wollen. Sie braucht aber auch das Engagement der Bürger*innen für ihre Nachbarschaft.

Christine Lehmann

Christine betreibt den Blog „Radfahren in Stuttgart“



*Wohin mit den Drahtesel, Fahrradflotten, Wadentorpedos?
Fotos und Montage: Christine Lehmann*



Deutlich mehr Geld für nachhaltige Mobilität

Haushaltsentwurf mit grünem Akzent

■ HAUSHALT 2018/19 | VON P-LINIE BIS MOBILITÄTSMANAGEMENT – GRÜNE WELLE FÜR ÖPNV, FUSS- UND RADVERKEHR

Es tut sich was in Stuttgart. Nicht nur dank der Debatte um zu hohe Stickoxid- und Feinstaubwerte, sondern auch durch die Gemeinderatsbeschlüsse zur autofreien Innenstadt oder zur Förderung des Nahverkehrs zeigt sich, dass ein Umdenken stattfindet. Mit dem Pakt für Mobilität und dem letzten Nachtragshaushalt gab es deutlich mehr Mittel für den Nahverkehr. Zusätzlich zu den zehn Millionen Euro, welche die Stadt für Ticketanreize jährlich bereitstellt, wurden 2017 mehr als 70 Millionen Euro für die Beschaffung neuer Stadtbahnen, die Sanierung der Zahnradbahn, für einen neuen Betriebshof und die Einrichtung der neuen P-Linie als Innenstadt-Expressbuslinie beschlossen. Auch der Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters legt den Schwerpunkt auf nachhaltige Mobilität: Darin sind weitere 25,6 Millionen Euro für das Maßnahmenpaket „Nachhaltig mobil in Stuttgart“ eingestellt.

■ GRÜNE MOBILITÄT – DIESER HAUSHALT STELLT WICHTIGE WEICHEN.

ZUSÄTZLICH HABEN WIR BEANTRAGT:

- Mittelerhöhung für den Radverkehr, + 1,1 Millionen Euro pro Jahr + 4 Stellen
- Umsetzung „Lebenswerte Innenstadt“, 500.000 Euro + 2 Stellen
- Parkraummanagement, 75.000 Euro
- ÖPNV-Offensive, 500.000 Euro + 1 Stelle
- Verkehrskonzepte Möhringen, Degerloch, Bad Cannstatt, Zuflusskonzept Nord-Ost
- Verkehrskonzept Rotenberg, 370.000 Euro
- Ausbau Carsharing, 150.000 Euro
- Lärminderungsplan, 200.000 Euro
- Kleine Verkehrsprojekte, 50.000 bis 200.000 Euro
- Poller, 150.000 Euro
- 5 Stellen Verkehrsüberwachung/Gewerbeaufsicht, 4 Stellen Verkehrsüberwachung Stuttgart-West

Von diesem Paket sollen für den Nahverkehr ab 2019 zusätzlich neun Millionen Euro pro Jahr für die Zusammenlegung der beiden Stuttgarter Tarifzonen bereitgestellt werden. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Mittel für die Bevorrechtigung von Bussen und Stadtbahnen sowie für zwei konkrete Umsetzungsprojekte in der Wagenburgstraße und auf der Linie 65. Mehr Geld gibt es zudem für den Ausbau barrierefreier Bushaltestellen und den Bau von Fahrgastanzeigetafeln.

Beim Radverkehr wird der Etat um zwei Millionen Euro auf dann 4,9 Millionen Euro jährlich erhöht. Nachdem unsere Fraktion in den Beratungen zum letzten Doppelhaushalt erstmalig die Fußverkehrsförderung auf die Agenda gesetzt hat, kommt mit diesem Haushalt der Einstieg in die konsequente Fußverkehrsförderung; sie sieht die schrittweise Umsetzung von Haupt- und Flanierwegen in der Innenstadt vor. Bewährte Projekte der vergangenen Jahre werden zudem weitergeführt. Erneut finanziert wird der Ausbau von Tempo 40 auf Steigungstrecken, der Fonds zur Anschaffung emissionsarmer Fahrzeuge für den städtischen Fuhrpark, die Weiterführung des Taxi-Aktionsplans sowie das betriebliche Mobilitätsmanagement, mit dem Unternehmen bei der Umsetzung von nachhaltigen Mobilitätsangeboten unterstützt werden sollen.

Der Haushaltsentwurf setzt also bereits viele richtige Akzente, die wir mit unseren Haushaltsanträgen im Themenbereich Verkehr durch die folgenden Schwerpunkte ergänzen:

▪ MEHR FÜR DEN RADVERKEHR |

Wir fordern zusätzlich 1,1 Millionen Euro zu dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Rad-Etat und vier weitere Mitarbeiter*innen für den Bereich Radverkehr. Unser Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau von Radabstellanlagen in Wohngebieten und an Bahn- und Bushaltestellen sowie auf einem Kaufanreiz für Lastenräder.

▪ WENIGER LÄRM, WENIGER STRESS |

Wir gehen gezielt die Auswirkungen des Straßenlärms mit Mitteln für die Umsetzung des Lärmaktionsplans an. Hiermit wollen wir erreichen, dass die am stärksten belasteten Anwohnerstraßen nachts durch Tempo 30 entlastet werden. Bei der Senkung des Parkdrucks setzen wir auf zusätzliche Mittel für den Ausbau des Parkraummanagements und die Untersuchung weiterer Gebiete außerhalb der bereits bewirtschafteten Zonen.

Anwohner*innen wollen wir vom Schleichverkehr entlasten, indem wir erstmalig Mittel für automatische Poller zur Durchfahrtsbeschränkung beantragen. Am Rotenberg unterstützen wir das Verkehrskonzept, das die Anwohner*innen vom wöchentlichen Besucheransturm entlastet.

▪ MEHR LEBENSQUALITÄT |

Zur Aufwertung des öffentlichen Raums beantragen wir Mittel für die Umsetzung der Flanierzone City. Wir schaffen mehr Querungsmöglichkeiten für Fußgänger*innen und beantragen Verkehrskonzepte für Degerloch, Cannstatt und Möhringen.

▪ ZUKUNFTSPROJEKTE ANGEHEN |

Eine halbe Million Euro wollen wir für die Planung weiterer Projekte zur Bevorrechtigung von Bussen und Bahnen ausgeben. Außerdem fördern wir mit Mitteln zur Schaffung weiterer Mobilitätsknoten den Ausbau des Carsharings.

Finden unsere Anträge Mehrheiten, dann sind wir für die nächsten zwei Jahre gut aufgestellt. In der weiteren Diskussion kommt es aber gerade im Bereich Verkehr darauf an, ob sich die Mehrheit des Gemeinderats bei der Debatte um Einzelentscheidungen auf Grundsatzbeschlüsse besinnt, oder ob z. B. Projekte zum Ausbau von Busbevorrechtigungen oder Fahrradwegen aufgrund einzelner Parkplätze weiterhin ausgebremst werden.

Björn Peterhoff



FLÜCHTLINGE I

Flüchtlinge in Ausbildung? Stolpersteine vom Bund

Zwischen AsylbLG, SGB und BAföG klafft eine Lücke – ausgerechnet die Engagierten werden auf ihrem Weg in die Gesellschaft ausgebremst. Die Stadt Stuttgart springt in die Bresche.

■ Eine Gesetzeslücke auf Bundesebene führt nicht nur in Stuttgart dazu, dass dem Grunde nach leistungsberechtigten Flüchtlingen, die sich länger als 15 Monate in Deutschland aufhalten und eine (eigentlich) förderfähige Ausbildung begonnen haben, aufgrund sich ausschließender Regelungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und BAföG bzw. dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII keine Leistungen mehr gewährt werden können. Die Situation entstand, weil eine Verbesserung im AsylbLG nicht mit dem geltenden Sozialhilferecht abgestimmt wurde. Rechtlich gesehen gilt im gesamten Sozialleistungsbereich der Vorrang der Ausbildungshilfen. Auszubildende sind bei der Sicherung des Lebensunterhalts darauf zu verweisen. Es ist daher grundsätzlich nicht vorgesehen, dass Auszubildende aufstocken oder dass sie gleichzeitig Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII, AsylbLG oder Wohngeld erhalten.

BAFÖG GIBT'S ERST, WENN DAS ASYLVERFAHREN ABGESCHLOSSEN IST. | In der Praxis bedeutet dies aber, dass geflüchtete Menschen in einer schulischen oder universitären Ausbildung, die dem Grunde nach laut Bundesausbildungsförderungsgesetz förderfähig wäre, so lange kein BAföG erhalten können, bis ihr Asylverfahren abgeschlossen ist. Wenn diese Flüchtlinge den Aufenthaltsstatus „Gestattung“ haben, wirkt diese Gesetzeslücke. Denn sobald diese Azubis die Grenze von 15 Monaten überschreiten und damit eigent-

lich Analogleistungen nach dem SGB XII erhalten würden, greift für sie der beschriebene Leistungsausschluss. Erst wenn ein solcher Flüchtling in den Besitz einer Duldung kommt oder sein Antrag auf Asyl positiv entschieden wird, kann er BAföG bekommen.

AZUBIS VERZWEIFELT GESUCHT – VIELE FLÜCHTLINGE WOLLEN, KÖNNEN ABER NICHT. UND DER BUND WILL DIE LÜCKE NICHT SCHLIESSEN. | Die grüne Bundestagsfraktion hat sich sofort nach Inkrafttreten des Integrationsgesetzes an Arbeitsministerin Andrea Nahles gewandt mit der Forderung, diese Förderlücke zu schließen – leider ohne Erfolg. Im Gegenteil, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales stellte in einem Schreiben Ende 2016 klar, diese Lücke gar nicht schließen zu wollen, und verwies lediglich auf die Anstrengungen zur weiteren Beschleunigung der Asylverfahren.

Unter dieser nachteiligen Gesetzesregelung (Ausschlussregelung für Auszubildende nach § 2 AsylbLG) der alten Bundesregierung leiden auch und ausgerechnet die besonders engagierten Flüchtlinge, die sich trotz des lähmenden Damoklesschwerts einer unsicheren Bleibeperspektive für ihre berufliche Ausbildung und ihre Zukunft ins Zeug legen. Etliche der Flüchtlinge in dieser Situation befinden sich in Stuttgart in einer Ausbildung zum/zur Altenpfleger*in. Häufig angestrebt wird auch der Beruf des Elektrikers oder ein Beruf in den Bereichen Gastronomie, Hotellerie und Bau (mit Maler, Lackierer, Fliesenleger, Stuckateur) sowie Bäcker und Metzger. Alles Bereiche, in denen händeringend Nachwuchs gesucht wird!

Wenn seitens des Sozialamts keine Leistungen zum Lebensunterhalt mehr gewährt werden können, wird den geflüchteten Auszubildenden von einem Tag auf den anderen schlicht und einfach die Lebensgrundlage entzogen. In vielen Fällen verdienen die Azubis weniger als 100 Euro im Monat, da sie im ersten Lehrjahr nur die Tage im Betrieb vergütet bekommen und nicht den Besuch der Berufsschule. Viele Ehrenamtliche, Flüchtlingsfreundeskreise und Ausbildungsstellen beklagten und beklagen völlig zurecht, dass als Folge des Leistungsausschlusses in vielen Fällen ein Abbruch der Ausbildung drohte bzw. droht. Das ist absurd und weder im Sinne des Gesetzgebers noch der Städte, die sich um die Integration der Geflüchteten kümmern. Und es ist schon gar nicht im Sinne derer, die über die Ausbildung berufliche Fähigkeiten sowie soziale und kulturelle Kompetenzen vermittelt bekommen.

WIR VERSUCHEN, EINFLUSS AUF BERLIN ZU NEHMEN. EINE SCHNELLE ÜBERGANGSLÖSUNG WENDET DAS SCHLIMMSTE AB. | Für die Landeshauptstadt Stuttgart bestand also akuter Handlungsbedarf. Damit unsere Bemühungen bei der Integration nicht weiter konterkariert werden, habe ich im Einvernehmen mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss den Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Landesregierung bei der neuen Bundesregierung auf entsprechende Änderungen im AsylbLG für Auszubildende hinwirkt. Und deshalb habe ich auch die frisch gewählten Stuttgarter Bundestagsabgeordneten mit dieser für die Betroffenen existenziellen Problematik konfrontiert und erhoffe mir, dass das Thema in Berlin nun rasch angegangen wird.



Foto: Landeshauptstadt Stuttgart

des ArbMin

Dank des starken Engagements vieler ehrenamtlicher Pat*innen und Flüchtlingsbetreuer*innen konnte ich mit dem Sozialamt und der Unterstützung des Gemeinderats eine schnelle Übergangslösung für Stuttgart erreichen. Wir haben entschieden, dass die Landeshauptstadt selbst in die Bresche springt und Flüchtlinge in Ausbildung, denen aufgrund der Gesetzeslücke eigentlich keine Leistungen mehr zustünden, finanziell unterstützt, um den Ausbildungsabbruch zu verhindern. Bis der Bund die Gesetzeslage geregelt hat, greift eine Härtefallregelung des Sozialamts. Dies hat der Verwaltungsausschuss des Gemeinderats am 8.11.2017 gutgeheißen.

Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG müssen auch während einer förderfähigen Ausbildung existenzsichernde Leistungen zum Lebensunterhalt weitergezahlt werden dürfen. Nur so ist eine Integration in unsere Gesellschaft zu erreichen und wird die Chance auf Schaffung einer Lebensgrundlage durch Ausbildung gewährt. Auch im Kontext mit der Umsetzung des Pakts für Integration muss uns an einer solchen Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen viel gelegen sein. Die Rückmeldungen der Bundestagsabgeordneten lassen hoffen, dass sie auch in dieser Legislaturperiode an dem Thema dranbleiben und sich – in gegebenenfalls neuer Konstellation – für die Integration Geflüchteter in Ausbildung und Arbeit einsetzen werden.

Werner Wölfle, Bürgermeister für Soziales und Integration



FLÜCHTLINGE II

Gebühr verdreifacht

Die neue Gebührensatzung für Flüchtlingsunterkünfte sorgt für Unruhe. Jochen Stopper erklärt, warum sie dennoch sinnvoll und vertretbar ist.

Die im September 2017 in Kraft getretene neue Gebührensatzung für die Nutzung der städtischen Flüchtlingsunterkünfte stößt in manchen Unterkünften und Freundeskreisen auf Unverständnis. Die mit der neuen Satzung einhergehende Anhebung der Gebühren wirkt auf den ersten Blick tatsächlich drastisch: Auf dem Papier erhöht sich der Gebührensatz pro Monat von 130 auf 390 Euro pro Platz. Wer wollte da nicht protestieren?

Berücksichtigt man aber die Tatsache, dass nur vergleichsweise wenige Flüchtlinge als Selbstzahler tatsächlich selbst für die Gebühren aufkommen müssen und dass es für diese Betroffenen soziale Komponenten und ermäßigte Gebührensätze gibt, dann ergibt sich ein differenzierteres Bild. Wir Grünen im Rathaus halten die neue Gebührensatzung deshalb trotz Protestbriefen, medialer Kritik und Forderung nach einer Aussetzung der Satzung für sinnvoll und vertretbar.

BALD WIRD BILANZ GEZOGEN – ERST DANACH GEHT'S ANS NACHJUSTIEREN! | Ende Januar wird die Verwaltung eine erste Bilanz über die Auswirkungen der Gebührenumstellung vorlegen; dann ist der richtige Zeitpunkt, die Auswirkungen der Satzung zu bewerten und gegebenenfalls nachzusteuern. Das sieht auch der Gemeinderat insgesamt so, der die Satzung im Juli mit breiter Mehrheit bei lediglich vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen verabschiedet hatte.

Die Berechnungsgrundlage der alten Satzung hatte mit der Realität der Flüchtlingsunterbringung nur noch wenig zu tun. Von einer Kostendeckung waren die alten Gebühren inzwischen meilenweit entfernt. Und da die für die vorläufige Unterbringung gedachten Unterkünfte inzwischen auch in großem Ausmaß für die Anschlussunterbringung genutzt werden müssen, bei der die Kosten der Unterkunft für die meisten Flüchtlinge mittlerweile fast zur Hälfte vom Bund übernommen werden, muss die Stadt ein gestei-

gertes Interesse an einer möglichst kostendeckenden Gebühr haben. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Gesamtaufwendungen der Stadt für die Flüchtlingsunterbringung drastisch erhöht haben: von ca. 28 Millionen Euro 2014 auf 112 Millionen Euro 2016. Natürlich sind auch die Einnahmen aus Zuweisungen des Bundes und des Landes gestiegen; entscheidend ist aber der Nettoressourcenbedarf der Stadt, also die Kosten, für die die Stadt aus eigenen kommunalen Mitteln aufkommen muss. Dieser Bedarf ist, nach Abzug aller Zuweisungen und Fördermittel, seit 2014 in kurzer Zeit von 15,6 Millionen Euro auf 25,5 Millionen Euro in 2016 gestiegen.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig legitim, dass die gestiegenen Kosten auch bei der Gebührenkalkulation berücksichtigt werden, wozu die Stadt nach dem Kommunalabgabengesetz grundsätzlich auch verpflichtet ist.

ABWÄGUNGSSACHEN | Natürlich muss das private Interesse der Bewohner*innen an einer möglichst geringen Gebühr in die Abwägung einfließen, und die Gebührenhöhe darf keine unzumutbare Härte darstellen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass für die weit überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge die Kosten der Unterkunft von der Kommune oder vom Bund übernommen werden. In der vorläufigen Unterbringung werden die Kosten der Unterkunft nach AsylbLG von der Kommune übernommen, in der Anschlussunterbringung dann für die meisten Betroffenen nach SGB II vom Jobcenter. Und hier übernimmt der Bund einen in den kommenden Jahren noch ansteigenden Anteil der Kosten. Unter diesem Aspekt ist es mit Blick auf den kommunalen Haushalt ausgesprochen sinnvoll, eine möglichst kostendeckende Gebühr zu erheben. Denn nur in diesem Fall kann die gesetzlich vorgesehene, der Stadt zustehende Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft annähernd erreicht werden.

Selbstverständlich wurden bei der Abwägung aber auch diejenigen in den Blick genommen, die in der Anschlussunterbringung aufgrund ausreichender Erwerbseinkünfte als

Selbstzahler tatsächlich und unmittelbar von der Gebührenerhöhung betroffen sind. Sie müssen in den ersten sechs Monaten nicht die volle Gebühr bezahlen, sondern nur eine deutlich ermäßigte Gebühr in Höhe von monatlich 228 Euro pro Platz. (Eine kostendeckende Gebühr würde 438 Euro betragen.) Familien erhalten eine zusätzliche soziale Ermäßigung. Wir Grünen im Rathaus halten diese ermäßigte Gebühr für Selbstzahler für vertretbar. Ziel aller Betroffenen und Verantwortlichen ist, dass möglichst viele Selbstzahler möglichst vor Ablauf ihrer sechsmonatigen Übergangszeit eine Wohnung auf dem regulären Wohnungsmarkt finden und so nicht mehr von der Gebührensatzung betroffen sind. Ob diese Übergangszeit bis zur regulären Gebührenhöhe ausreichend bemessen ist, werden wir uns beim Auswerten der Auswirkungen im Januar sehr genau anschauen. Die vorliegenden Zahlen der Verwaltung zu den Auszügen in den normalen Wohnungsmarkt sind aber durchaus ermutigend.

Klar wird es Betroffene in der Anschlussunterbringung geben, die als Selbstzahler binnen sechs Monaten keine Wohnung finden und dementsprechend von der vollen Gebührenhöhe für die Nutzung der Unterkunft betroffen sein werden. Wir werden auch hier genau hinschauen, wie viele das sind und ob das für die Betroffenen ein überschaubarer Zeitraum starker Belastung ist oder eine Last ohne absehbares Ende. Falls nötig, werden wir uns für eine Verlängerung der Übergangsfrist einsetzen. Ebenso werden wir im Auge behalten, inwiefern und in welchem Umfang betroffene Selbstzahler durch die neuen Gebühren wieder von Leistungen des Jobcenters abhängig werden, obwohl sie ihren Lebensunterhalt bereits ohne Transferzahlungen bestritten hatten. Keinesfalls darf es hier zum Beispiel zu ausländerrechtlichen Konsequenzen kommen; dafür wurde bereits durch eine ämterübergreifende Vereinbarung gesorgt.

VORLÄUFIGES FAZIT, NOCH VOR DER BILANZ: | Wenn die Stadtverwaltung und der Gemeinderat diese wenigen schwierigeren Fälle im Blick haben und – falls das erforderlich sein sollte – nachsteuern, dann überwiegen eindeutig die Vorteile der neuen Gebührensatzung.

Jochen Stopper

WOHNEN I

Zu wenig Wohnungen in Stuttgart. Was tun?

■ Mehr Menschen sind in der Stadt unterwegs, Busse und Bahnen sind voller, die Cafés ausgelasteter, man fragt sich, wo die Leute alle wohnen. Der aktuelle Wohnungsmarktbericht der Landeshauptstadt spiegelt das Bild wider: Die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt und ihrer Region, das große und stark gewachsene Angebot an Ausbildungs- und Studienplätzen, das Bedürfnis nach städtischem Wohnen – all das hat wesentlich zur Zuwanderung vor allem jüngerer Erwachsener nach Stuttgart beigetragen. Dass das urbane Wohnen so sehr en vogue ist, kann ruhig uns Grünen zugeschrieben werden: Es waren unsere Anstrengungen für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, für mehr öffentliches Grün, für attraktive Quartiersgestaltung mit hoher Aufenthaltsqualität, die heute wirken. Aber wir müssen Antworten auf die Frage liefern, wie dem drängenden Problem des fehlenden und teuren Wohnraums beizukommen ist. Da es keine einfachen Lösungen gibt, muss in viele Richtungen gedacht und gehandelt werden. Vieles von dem, was vom Ministerium für Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg von den Kommunen zur Schaffung von Wohnraum eingefordert werden soll, wird in Stuttgart bereits gemacht, weil wir Grünen dies längst vorangetrieben haben:

▪ **EIN AUSGEFEILTES „NACHHALTIGES BAUFLÄCHENMANAGEMENT“** |

Darin wird die mögliche Bebaubarkeit von Konversionsflächen mit einem Zeithorizont hinterlegt. In Stuttgart wissen wir genau, dass das Potenzial für den Wohnungsbau in unserer Stadt bis 2020 ff immerhin bei etwa 12.920 Wohneinheiten liegt, in 117 Gebieten der Stadt. Wenn das SPD

und SÖS-Linke-PluS zu wenig ist, sollen sie sagen, welche Flächen sie zusätzlich zubauen wollen. Bisher: Fehlanzeige. Wir jedenfalls haben in acht Anträgen weitere Vorschläge für die mögliche Entwicklung von innerörtlichen Flächen gemacht.

▪ **DICHTEKONZEPT** |

In Stuttgart ein Konzept mit klaren Vorgaben für eine hohe Qualität im Quartier, sodass verdichtetes Wohnen in der Stadt durch eine gekonnte Innen- und Außengestaltung positiv wahrgenommen wird.

▪ **DER BAU VON SOZIALWOHNUNGEN** |

Ziel in Stuttgart sind 600 Sozialwohnungen pro Jahr. Das klingt wenig, es ist jedoch nicht einfach umzusetzen, weil gemischte Quartiere oberstes Gebot sind, um sich nicht die Probleme der früheren reinen Sozialsiedlungen noch einmal aufzuladen.

Schön, dass das Land die Kommunen für den Bau von Sozialwohnungen mit einer Prämie belohnen möchte. Aber auch die gute Ausgestaltung des Landeswohnraumförderprogramms (250 Millionen Euro inklusive der Bundesmittel) kommt der Stadt zupass. Investoren können Zuschüsse statt Darlehen beantragen, die Einkommensgrenzen wurden für einen Vierpersonenhaushalt um zehn Prozent auf 65.600 Euro angehoben und anderes mehr. Mal schauen, ob unsere kommunalen Fördermittel in Höhe von zehn Millionen Euro hier überhaupt noch interessant sind und abgerufen werden.

Unsere städtische Wohnungsgesellschaft geht bei der Identifizierung untergenutzter Flächen, der Nachverdichtung (Schaffung von doppelt so viel Wohnraum bei einer Neuentwicklung) und beim Bau von Sozial-



Foto: Hyggelig Bikes/Björn Hänssler

■ CARGO-FAMILY-BIKE

Bei der European Cycle Logistics Conference in Wien im März 2017 haben Städte vorgestellt, welche positive Wirkung Kaufprämien auf die Entwicklung des Lastenradverkehrs haben. Familien sehen, dass sie auch ohne Auto Einkäufe erledigen und Kinder zur Schule bringen können. Die Stadt München bezuschusst die Anschaffung eines privat genutzten Elektro-Lastenrads/Cargobikes mit bis zu 2.000 Euro. Zwischen 1. Januar und 24. August gingen 612 Anträge ein – das sind über zweieinhalb Anträge täglich! Wir wollen Eltern beim Kauf eines Familien-Lastenrads unterstützen und haben für ein solches Förderprogramm Gelder im Haushalt 2018/19 beantragt.

wohnungen beispielhaft voran. 2017 werden die Hälfte aller ihrer Neubauten (350) Sozialwohnungen sein. Aber auch durch Zukäufe von Wohnungsbeständen und Gewerbeeinheiten, die in Wohnen umgewandelt werden, wird sie in den nächsten Jahren von 18.000 auf über 20.000 Wohneinheiten wachsen. Wir haben die Verwaltung aufgefordert, ihr kommunales Wohnungsunternehmen noch stärker bei diesem Kurs zu unterstützen, sodass es seinen Wohnungsbestand auf längere Sicht noch deutlicher vergrößern und somit mehr preiswerte Wohnungen anbieten kann. Der bisherige Anteil von sechs Prozent am Gesamtwohnungsbestand in der Stadt ist eindeutig zu wenig.

Wichtig ist uns auch, dass der Erwerb von privaten Grundstücken durch die Stadt stärker ins Visier genommen wird und sie ihre Zuschauerrolle bei der Spekulation mit Grund und Boden aufgibt. Unser Erfolg: Für das EnBW-Areal in der Hackstraße wird eine Sanierungsgebietssatzung erlassen, wonach die Stadt ein besonderes Vorkaufsrecht ausüben kann. Ein weiterer Schritt zur Dämpfung hoher Bodenpreise und um mehr preisgünstigeren Wohnraum zu schaffen.

Silvia Fischer



WOHNEN II

„Wohnungen in städtische Hand!“

Stellungnahme von Silvia Fischer im Gemeinderat am 16.11.2017

■ Die Absicht von uns Grünen ist es, den kommunalen Wohnungsbestand zu erhöhen und damit den Einfluss der Stadt darauf zu vergrößern, dass mehr preisgünstiger Wohnraum in dieser Stadt angeboten werden kann. Wir wollen der aktuellen Geschäftspolitik der SWSG Rückenwind verschaffen und ihren Wachstumskurs verstärken. Ich möchte dies an zwei Punkten verdeutlichen.

Erstens: In der historischen Altstadt, dem Leonhardsviertel, ist es uns gelungen, dass die Stadt wieder Gebäude kauft und die SWSG sie in ihrem Bestand hält. Aber auch andernorts erwarten wir von Stadt und SWSG noch stärker, aktiv zu werden und Bestandsgebäude in ihren Besitz zu bringen. Hier denken wir auch an Landes- und Bundesimmobilien, wie kürzlich, als die SWSG vom Land Baden-Württemberg das alte Zollamt in der Hackstraße vergünstigt erwerben konnte und dort nun 16 Sozialmietwohnungen entstehen. Oder das ehemalige Verwaltungsgebäude der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, wo eine Umnutzung mit 23 Sozialwohnungen erfolgt.

Zweitens: Wir finden es sehr gut, dass die SWSG bei Neuplanungen auf ihren eigenen Flächen deutlich mehr Wohnungen erstellt, als vorher zur Verfügung standen. Aber möglicherweise gibt es im Umfeld noch weitere städtische oder private Flächen, die in

eine Umnutzung für Wohnbebauung einbezogen werden könnten. Hier erwarten wir, dass die Stadt stärker aktiv wird, damit auch diese zusätzlichen Potenziale gehoben werden können.

Damit insgesamt mehr Wohnungen in Stuttgart gebaut werden können, haben wir in acht Anträgen bereits versiegelte Flächen identifiziert, die für eine Bebauung in Frage kommen. Dazu muss auch noch stärker auf Ankäufe solcher innerörtlichen Flächen gesetzt werden. Damit die Preise nicht durch die Decke schießen, ist es an der Stadt, sich durch die Festsetzung von Sanierungsatzungen besondere Vorkaufsrechte zu sichern. Dies haben wir für das EnBW-Areal am Stöckach beantragt.

Ein letzter Punkt:

DAS BÜNDNIS FÜR WOHNEN | Wir sind froh, dass alle Akteure, die in Stuttgart Wohnungen bauen wollen, im Bündnis für Wohnen wieder um einen Tisch sitzen und zum einen die Genossenschaften wieder in den Neubau von Sozialwohnungen einsteigen, zum anderen sogar Bestandswohnungen für die Belegung durch Menschen mit Wohnberechtigungsschein zur Verfügung stellen. Das ist ein großer Erfolg. Und wir halten es für selbstverständlich, dass auf städtischen Flächen weiterhin private Bauwillige – Baugemeinschaften, Baugenossenschaften, Baugesellschaften – und SWSG einen fairen Anteil erhalten, damit vielfältige und gut gemischte Wohngebiete entstehen.

Silvia Fischer

Im Sommer letzten Jahres waren einige Parklets in o
 Team Reallabor zusammen mit verschiedenen Initi
 die grünen Bezirksbeirat*innen den Rechtsrahmen un
 jekte im öffentlichen (Straßen-)Raum klären lie
 Bezirk muss was davon haben, also keine Privatnu
 Genehmigung muss vorgelegt werden. Die Entsche
 plätzen“ wird voraussichtl

SCHULE

Investitionen in unsere Schulen sind Investitionen in unsere Zukunft

Stuttgarts Schulen weiter voranbringen

■ **HAUSHALT 2018/19** | Wir haben ein dickes Antragspaket an Wünschen und Forderungen für unsere Schulen geschnürt und eingereicht. Es beginnt bei der Finanzierung von Schulum- und -neubauten, umfasst die nachhaltige Qualitätsverbesserung der Schulkindbetreuung und die Erhöhung des Schulbudgets für Lehrmittel in Höhe von 470.000 Euro jährlich und schließt mit der Forderung nach qualitativ besserem (Bio-)Essen für Schüler*innen. Hier fordern wir einen 25-Prozent-Anteil an Bio-Lebensmitteln in Stuttgarts Schulen; Kosten: ca. 1,43 Millionen Euro. Besonderen Stellenwert aber nimmt die Forderung und Finanzierung einer ganzen Reihe von Personalstellen beim Hochbau- und beim Schulverwaltungsamt ein: 19 zusätzliche Stellen beim Hochbauamt, zehn Stellen beim Schulverwaltungsamt entfristen und eine Personalstelle extra zur angemessenen Unterstützung der Stuttgarter Gemeinschaftsschulen.

MEHR PERSONAL IN STÄDTISCHEN ÄMTERN, DAMIT SANIERUNGEN ENDLICH IN GANG KOMMEN! | In Stuttgart ist es zwischenzeitlich bekannt, dass viele Schulneubauten, -sanierungen und -renovierungen nicht aus Geldmangel auf sich warten lassen, sondern weil in den ausführenden Abteilungen von Hochbau- und Schulverwaltungsamt Personal fehlt. Hier war und ist es absolut nötig, endlich Abhilfe zu schaffen. Schüler*innen, Eltern und Lehrpersonal warten dringend und häufig seit Jahren auf die Sanierung ihrer Schule. Leider werden sie zu oft auf wei-

tere Jahre vertröstet. Wir hoffen, mit diesem großen Aufbau des Personals endlich ein kontinuierliches Abbauen des Sanierungsstaus zu erreichen. Aber selbstverständlich müssen wir auch weiterhin genügend Geld für Neubauten und Sanierungen sowie Planungsgelder zur Verfügung stellen. Geld für die Planung eines Neubaus mit Sporthalle soll u. a. das Neue Gymnasium Feuerbach erhalten. Hier entwarfen die Schulleitungen der zwei Feuerbacher Gymnasien ein gemeinsames pädagogisches Konzept. Auch ein Architektenwettbewerb mit einem von allen Seiten gelobten Entwurf fand zwischenzeitlich statt. Weiter möchten wir, dass im Rahmen des Aktionsplans „Inklusion in Stuttgart“ die Margarete-Steiff-Schule fertig saniert wird. Im letzten Haushalt war es nicht gelungen, das nötige Geld zur Verfügung zu stellen. Die Wilhelm-Maybach-Schule in Bad Cannstatt soll für eine Mensa fast 1,3 Millionen Euro erhalten. Und auch weitere Schulen, die seit Jahren auf Neubau und Sanierung warten, können sich freuen.

MEHR SELBSTVERWALTUNG | Besonders wichtig ist uns, den Schulen die Möglichkeit zu mehr Selbstverwaltung zu geben. So haben wir beantragt, dass die Schulen ein eigenes kleines Schulbudget erhalten. Damit möchten wir sie in die Lage versetzen, selbst kleinere Reparaturen und Handwerkerleistungen in Auftrag zu geben.

Gabriele Nuber-Schöllhammer



GENDER

Grüne Frauenpolitik ...

... ist im Haushalt angekommen.

■ **HAUSHALT 2018/19** | Der erste Blick auf die Grüne Liste, also die Vorschläge der Stadtverwaltung zum Haushalt, war eine positive Überraschung. Für die Jahre 2018 bis 2022 waren das STOP-Projekt, Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt, bereits mit 449.000 Euro und die Projekte von SINA, dem Stuttgarter Integrations- und Arbeitsprogramm für Frauen, mit 1.115.000 Euro in der Vorschlagsliste enthalten.

STOP | Das Leuchtturmprojekt STOP ist die institutionalisierte Zusammenarbeit aller Behörden, Ämter und Fachberatungsstellen, die bei häuslicher Gewalt aufeinander abgestimmt eingreifen; wie z. B. die Fraueninterventionsstelle (FIS), die Fachstelle für Gewaltprävention und die Beratung und Information für Frauen (BIF). Die Arbeit der FIS hat sich in den letzten vier Jahren um mehr als 34 Prozent erhöht. Die Anzahl der Fachberatungen, der persönlichen Beratungskontakte (mit Dolmetscherin) und der Hausbesuche hat zugenommen. Daher reichen die bisherigen Beratungskapazitäten und die bisherigen neun Stunden telefonischer Erreichbarkeit in der Woche nicht mehr aus. Hierfür erhalten die Träger pro Jahr rund 52.000 Euro. Von den Betroffenen häuslicher Gewalt stark eingefordert wird eine Beratung, in der die Paare lernen, ohne Gewalt miteinander zu leben. Es geht um das Aufbrechen von Täter- und Opferverhalten bzw. den entsprechenden Zuschreibungen und darum, automatisierte Kommunikationsmuster aufzubrechen. Denn in der Praxis wollen viele Frauen sowohl ein Ende der Gewalt als auch weiter-

LETZT: GENEHMIGUNGSPROCEDERE GEKLÄRT. AUF DIE (PARK-)PLÄTZE, FERTIG, LOS!

der Stadt zu sehen und zu erleben – aufgestellt vom Rat der Stadt. In Stuttgart-West kamen sie so gut an, dass die Vorgehensweise zur Genehmigung solcher Projekte als Vorbild dienen können. Das Projekt muss durch den Bezirksbeirat, den Stadtrat, die Baurechtsabteilung, und die baurechtliche und verkehrsrechtliche Genehmigung über unseren Antrag „Außengastro auf Parkplätzen“ im Frühjahr 2018 fallen. Wir sind zuversichtlich.



Foto: Maria Flendt

hin die Beziehung mit dem Partner. Diese Paargespräche werden zukünftig von der FIS, der Fachstelle für Gewaltprävention und der BIF durchgeführt. Die Träger erhalten dafür jährlich rund 36.000 Euro.

SINA | Die Projekte des Stuttgarter Integrations- und Arbeitsprogramms für Frauen richten sich an die Frauen, die keine Leistungen vom Jobcenter erhalten und daher oft „unter den Tisch“ zu fallen drohen. Die Modellprojekte für Alleinerziehende (MIA) und für Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen werden neu ausgerichtet. Die Projekte zur beruflichen Beratung von Frauen werden ausgebaut.

SIND WIR MIT DEN VORSCHLÄGEN

ZUFRIEDEN? | Bei STOP nicht. Hier halten wir eine zusätzliche halbe Stelle für den städtischen Anteil der Ausweitung der Regelangebote und der Paargespräche für erforderlich.

Andrea Münch



SUCHT

Suchtprävention und Suchthilfe bedarfsgerecht ausbauen

Der nächste Schritt: Harmonisierung der verschiedenen Hilfesysteme

■ **HAUSHALT 2018/19** | In der Landeshauptstadt wird seit Jahren eine sehr gute Arbeit in der Suchtprävention und -hilfe geleistet. Um das bestehende Angebot zu sichern und bedarfsgerecht ausbauen zu können, haben wir auch hier einen Schwerpunkt gesetzt. Nachdem wir im letzten Haushalt als ersten Schritt die Sachkostenpauschale an die realen Kosten der Träger angepasst haben, folgt jetzt der nächste, um eine Harmonisierung der verschiedenen Hilfesysteme zu erreichen.

Gerade für die meist kleinen Träger der Suchthilfe ist eine Anpassung der Sachkostenpauschale unerlässlich. Auch die psychosozialen Angebote für Substituierte im offenen Bereich in der Kriegsbergstraße und dem Café Sub müssen angepasst werden.

SUCHT IM ALTER, MEDIKAMENTEN-MISSBRAUCH, MEDIENSUCHT ODER PARTYDROGENKONSUM: SÜCHTE GIBT ES VIELE. HILFSANGEBOTE AUCH.

| Neben dem Ausbau und der Verstärkung bestehender erfolgreicher Präventions- und Hilfsangebote – wie „ABAS“ als Anlaufstelle bei Essstörungen, Suchtpräventionsangebote im Medienbereich, die Arbeit an Stuttgarter Schulen sowie die familienorientierte Arbeit mit Kindern suchtkranker Eltern – gibt es auch neue Erkenntnisse, auf die wir mit unseren Anträgen reagieren. So widmet sich die Theatergruppe „Wilde Bühne“ im Rahmen von „Trotz Alter“ speziell der Suchtprävention und Gesundheitsförderung im Alter und fördert Problemlösungskompetenzen von Senior*innen. Zudem haben wir für das Klinikum einen Stellenanteil (42,5 Prozent) zur Beratung bei Medikamentenmissbrauch beantragt – ein immer stärker werdendes, doch oft unentdecktes Problem.

Auch „take“, ein bislang vom Land gefördertes aufsuchendes Partydrogen-Projekt, wollen wir weiterführen und verstetigen. Hier ist es gelungen, mit einem niederschweligen Angebot die Amphetamin- und Ecstasy-Konsument*innen zu erreichen und

in Stuttgart ein landesweit einzigartiges Projekt zur Suchtprävention im Umfeld elektronischer Musikveranstaltungen zu etablieren. Um hier noch erfolgreicher präventiv tätig werden zu können, wäre es nun endlich an der Zeit, dass sich der Bund bewegt und mobile Drug-Checkings ermöglicht. Andere Länder sind hier, wie auch bei legalen Abgabemöglichkeiten von Cannabis oder den sog. „Cannabis Social Clubs“, bereits deutlich weiter.

DROGENKONSUMRÄUME, SPRITZENTAUSSCHPROGRAMME, REINIGUNGSTRUPPS – KONFLIKTE UND LÖSUNGSANSÄTZE

| Ein geregelter Tausch von gebrauchten Spritzen gegen neue ist wichtig für den Schutz der Gesundheit der Abhängigen, aber auch, um die Gefahr durch achtlos weggeworfene Spritzen im öffentlichen Raum zu verringern. Die Nachfrage ist in den letzten beiden Jahren erheblich gestiegen, und die Angebote der Suchthilfe zum Safer-Use und Spritzentausch sind erfolgreich. Spritzen werden häufiger getauscht, Mehrfachnutzung und Needle-Sharing vermieden.

Doch sind Ansammlungen von Konsument*innen und gebrauchte Spritzen im öffentlichen Raum auch weiterhin ein Thema. Zwar scheint sich an der Jakobschule durch das Reinigungsprogramm von Stadt und Trägern die Lage wieder etwas entspannt zu haben. Für eine nachhaltige Verbesserung der Situation ist es aber unerlässlich, dass zusätzliche Mittel für die gestiegenen Materialkosten und für längere Öffnungszeiten des Ausgabeschalters bereitgestellt werden, damit auch zu Randzeiten die Rücknahme gebrauchter Spritzen gewährleistet werden kann. Denn diese Spritzen landen dann nicht im Gebüsch.

In diesem Zusammenhang steht auch die aktuell wieder verstärkt geführte Diskussion über Drogenkonsumräume in der Stadt. Süchtige sollen dort unter hygienischen Bedingungen mitgebrachte Substanzen wie Kokain oder Heroin konsumieren können. Auf diese Weise könnten zum einen Überdosierungen und Infektionen bei den Konsument*innen vermieden und anderer-

seits der öffentliche Raum entlastet werden. Die Stadt Karlsruhe hat sich bereits an das Land gewandt mit der Bitte, hier die rechtlichen Grundlagen zu schaffen – so wie sie bereits in sechs Bundesländern und 16 Städten existieren.

Ein solches niederschwelliges, akzeptanzorientiertes Angebot kann in Stuttgart allerdings nicht als Ersatz für das bestehende ausdifferenzierte Suchhilfesystem dienen, sondern stellt eine Ergänzung dar. Und das ist natürlich nicht kostenneutral zu erhalten. Um eine echte Wirkung zu entfalten, reicht es nämlich nicht, dass Konsumräume fünf Stunden am Tag an einigen Tagen die Woche geöffnet sind. Und um möglichst viele zu erreichen, ist auch der Standort elementar. Mit einem Konsumraum am Stadtrand, weit weg sowohl von der Szene als auch von den Angeboten der Suchthilfe, ist niemandem geholfen – nicht den Süchtigen und auch nicht den Anwohner*innen.

Drogenkonsumräume können das Risiko beim Konsum illegaler Drogen minimieren helfen und einen Weg bereiten hin zu den weiterführenden Angeboten der Suchthilfe. Zudem können sie einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der durch die offene Drogenszene verursachten Probleme leisten.

Ein wichtiges Thema mit großem Konfliktpotenzial. Aber auch die mittlerweile parteiübergreifend anerkannte Substitutionspraxis war anfangs umstritten.

Grundsätzlich muss jetzt erst einmal der Bedarf an Drogenkonsumräumen eruiert werden. Dazu hat sich eine Arbeitsgruppe aus Stadt, Trägern der Suchthilfe und Selbsthilfeinitiativen gebildet. Eine umfangreiche Umfrage befindet sich derzeit in der Auswertung. Wenn die abschließenden Ergebnisse vorliegen, werden wir dieses wichtige Thema in der Stadt ausführlicher diskutieren müssen.

Petra Rühle



TEILHABE I

Haushaltspaket Inklusion

Ein deutlicher Fortschritt bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Stuttgart

■ HAUSHALT 2018/19 | NOVUM:
INKLUSION ALS QUERSCHNITTSTHEMA

Das Haushaltspaket Inklusion des Oberbürgermeisters ist nicht nur ein Novum in der Geschichte der Stuttgarter Haushaltsberatungen, es unterstreicht auch deutlich, dass die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von der Rathauspitze als ämter- und referatsübergreifendes Querschnittsthema verortet und vorangetrieben wird. Und es zeigt, dass der seit gut einem Jahr tagende Beirat für Menschen mit Behinderung erfolgreich arbeitet und als neues Gremium der Stadtpolitik von der Verwaltung wahrgenommen und einbezogen wird. So orientiert sich das Haushaltspaket Inklusion unmittelbar an der vom Beirat vorgenommenen Priorisierung des Maßnahmenkatalogs des Stuttgarter Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

VOM WOHNEN ÜBER FREIZEIT, KULTUR UND SPORT BIS ARBEIT UND VERKEHR | Angeführt wird das Paket von einem Förderprogramm für behinderten- und altersgerechtes Wohnen in Höhe von einer Million Euro. Menschen mit Behinderung haben es angesichts der Wohnknappheit auf dem Stuttgarter Wohnungsmarkt besonders schwer. Erst recht, wenn sie wegen ihrer Behinderung auf barrierefreien Wohnraum angewiesen sind. Mit dem neuen städtischen Förderprogramm können nun Maßnahmen, die zu einem Zuwachs an barrierefreien Wohnungen führen, finanziell gefördert werden. Auch Anpassungen im Bestand und Maßnahmen zur barrierefreien Erschließung sollen künftig gefördert werden.

Mit dem Förderbudget für inklusive Freizeitangebote und der Förderung der Kulturinitiative Bohnenviertel e. V. greift das Haushaltspaket ein weiteres, von vielen Betroffenen und Angehörigen hoch priorisiertes Thema auf: die Teilhabe am Freizeit- und Kulturleben unserer Stadt. Hier sind es weniger physische Barrieren, die zu überwinden sind, als vielmehr die Barrieren in unseren Köpfen, die einer selbstverständlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung an Freizeit, Kultur und Sport noch im Wege stehen. Die Kulturinitiative leistet hier seit Jahren Pionierarbeit im Bereich Theater und bietet Künstler*innen mit Behinderung auf dem jährlichen Handicaptions-Festival eine tolle öffentliche Plattform.

Durch eine Verdreifachung des Budgets für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen setzt das Haushaltspaket auch beim Abbau der harten, physischen Barrieren im öffentlichen Raum einen deutlichen Akzent. Fast eine Million Euro stehen nun pro Jahr für den Umbau von Bushaltestellen zur Verfügung. Weitere Maßnahmen im Haushaltspaket Inklusion zielen auf den inklusionsgerechten Umbau an allgemeinbildenden Schulen, auf den Masterplan für die Veränderungsprozesse der sonderpädagogischen Beratungs- und Bildungszentren und auf den barrierefreien Umbau öffentlicher Gebäude.

Die grüne Gemeinderatsfraktion hat dieses Haushaltspaket des Oberbürgermeisters durch Anträge zum Ausbau von Stellen für leistungsgeminderte und wesentlich behinderte Arbeitnehmer*innen bei der Stadt Stuttgart ergänzt. Denn auch die Teilhabe am Erwerbsleben ist ein wichtiger Schwerpunkt des Fokus-Aktionsplans der Stadt zur Umsetzung der UN-Konvention.

Jochen Stopper



Zum Beispiel auf der Jugendfarm Elsental. Anna Deparnay-Grunenberg und Vittorio Lazaridis (beide Bildmitte) sahen sich dort letzstens genauer um. Fotos: Redaktion

TEILHABE II

Qualität sichern und Zukunftsfähigkeit schaffen!

Frühe Bildung, Betreuung und Jugendhilfe in Stuttgart

■ **HAUSHALT 2018/19** | Haushaltsplanberatungen sind kein Selbstzweck, es geht vielmehr darum, die Rahmenbedingungen für das Leben in Stuttgart weiter zu verbessern. Aus diesem Grund sind die frühe Bildung und Betreuung, die Jugendhilfe und die Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen absolute Schwerpunkte grüner Stadtpolitik in Stuttgart.

DIESMAL VOR ALLEM IM BLICK: DIE DEZENTRALEN BERATUNGSZENTREN DES JUGENDAMTS | Wenn man diesen Anspruch glaubwürdig umsetzen will, muss man zuallererst dafür sorgen, dass die bestehenden Strukturen so zusammenwirken, dass sie den aktuellen, aber auch zukünftigen Aufgaben gerecht werden können. Unser Fokus richtet sich in diesem Doppelhaushalt deshalb auch stark auf den städtischen Träger der Kinder- und Jugendarbeit – das Jugendamt. Es geht uns hier vor allem darum, das Jugendamt personell so zu stärken, dass in Stuttgart die hohe Qualität der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet bleiben kann. Wir haben deshalb 16 Stellen für das Jugendamt beantragt, wobei der Schwerpunkt bei den Beratungszentren liegt. Diese dezentral organisierten sozialen Dienste des Jugendamts sind das Rückgrat der Jugendhilfe in Stuttgart und müssen dringend personell verstärkt und damit zukunftsfähig gemacht werden.

Ähnliches gilt für die Bereitschaftspflege und den Pflegekinderdienst, also hochsensible Bereiche, in der die Inobhutnahme von Kindern in Krisensituationen gewährleistet werden muss. Auch hier wollen wir für die dringend benötigte personelle Verstärkung sorgen.

MEHR AUSBILDUNGSPLÄTZE FÜR KITAS | Wichtig ist angesichts des weiter wachsenden Bedarfs an Kitaplätzen auch, für dringend benötigtes Fachpersonal mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Deshalb wollen wir zusätzliches Geld im Bereich der praxisintegrierten Ausbildung (PIA) zur Verfügung stellen – und zwar sowohl beim städtischen als auch bei den freien Trägern. Und wir wollen an der Zulage „Tarif Plus“ für Erzieher*innen in Stuttgart weiter festhalten. Ein weiterer Schwerpunkt grüner Politik ist, dass wir die qualitative Weiterentwicklung der Kitas unterstützen: durch den Ausbau der Kinder- und Familienzentren (Kifaz) in Stuttgart.

STADTTEILZENTREN AUSBAUEN, EIGENVERANTWORTUNG STÄRKEN | Außerdem sind uns die Förderung und der Ausbau der Stadtteil- und Familienzentren wichtig. Das Engagement in den Stadtteilen zu unterstützen und somit die Zivilgesellschaft und die Eigenverantwortung der Bürger*innen vor Ort zu stärken, ist ein weiteres Ziel unserer Politik.

Wie schon beim letzten Haushalt sind wir auch diesmal wieder die treibende Kraft beim Ausbau der Schulsozialarbeit an unseren Stuttgarter Schulen. Wir beantragen zusätzlich zu den im Pakt für Integration unter Federführung der Grünen im Gemeinderat bereits vorab beschlossenen 13 Stellen weitere Stellen; u. a. für unterversorgte Grundschulen und für sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren. Die freien Träger, wichtigster Partner der Stadt im Bereich Kinder- und Jugendhilfe, unterstützen wir nach Kräften – z. B. die Mobile Jugendarbeit bei ihrer berechtigten Forderung nach Anpassung der Mietzuschüsse. Wir wollen der Stuttgarter Jugendhausgesellschaft genügend Mittel für die Bauunterhaltung gewähren, auch die Jugendfarm Elsental mit genug Personal ausstatten und auch für das Forum 3 die institutionelle Förderung deutlich erhöhen. Sehr wichtig ist uns zudem, dass die Arbeitsgemeinschaft für die Eine Welt (AGDW) das Projekt „Recht auf Zukunft“ weiterführen kann.

JUGENDHILFE-ETAT AUFSTOCKEN! | Geht es nach uns Grünen, erfährt der Jugendhilfe-Etat in diesem Doppelhaushalt eine deutliche Verbesserung. Damit schaffen wir zukunftsfähige Strukturen und sichern Qualität. Die Kinder und Jugendlichen in Stuttgart sollten es uns wert sein.

Vittorio Lazaridis



Kultur in Stuttgart: Bestehendes erhalten, Neues ermöglichen

Kultur in der Breite wie an der Spitze, innovativ, sozial, urban, Weltklasse: Stuttgart ist Kulturhauptstadt. Dies liegt genauso an den kulturinteressierten Stuttgarter*innen wie an dem großen, vielfältigen und hochwertigen Angebot in allen Sparten und Ausrichtungen, für jeden Geschmack, jedes Alter und jeden gesellschaftlichen Hintergrund.

■ HAUSHALT 2018/19 | DER STRUKTURELLEN UNTERFINANZIERUNG ENTGEGENWIRKEN | Viele Kultureinrichtungen sind strukturell unterfinanziert, weil die städtischen Zuschüsse seit Jahren nicht erhöht wurden, Mieten, Neben- und Personalkosten dagegen munter weiter gestiegen sind. Bei den großen, personalintensiven Einrichtungen wurde dies bereits früher ausgeglichen. Doch viele Kultureinrichtungen, besonders kleinere, leiden unter einem zunehmenden Ökonomisierungsdruck, der auch zulasten der Programmarbeit geht. Das sehen auch die Sachkundigen im Ausschuss für Kultur und Medien so. Daher haben wir beantragt, die Förderung anzupassen – von der Akademie für gesprochenes Wort über das Literaturhaus bis zum Württembergischen Kunstverein.

Stuttgart ist die Stadt der Chöre. Wir setzen unsere Unterstützung aus dem letzten Haushalt fort und erhöhen die Übungsleiterpauschale auch für den Stadtverband der Chöre und die Musik- und Karnevalsvereine. Zudem wollen wir die Unterstützung der Stuttgarter Choristen, des Württembergischen Kammerchors, des Philharmonia Chors und des Knabenchors Collegium iuvenum maßvoll anheben.

Stuttgart ist Animationshauptstadt mit einer Vielzahl an Filmfestivals, Unternehmen und Startups aus dem Bereich Film, Medien und Kreativwirtschaft sowie renommierten Ausbildungseinrichtungen. Darauf kann die Stadt stolz sein. Daher unterstützen wir die Fortführung des Werbefilmfestivals Spotlight sowie die Erhöhung des Gesellschafterbeitrags FMF, damit beim Trickfilm-Festival viele bereits angestoßene Innovationen wie die Game Zone weitergeführt werden können. Und wir unterstützen weiterhin die Filmschau Baden-Württemberg und deren Jugendfilmpreis.

Den Ruf als Tanzstadt verdankt Stuttgart nicht nur dem Stuttgarter Ballett, sondern auch Ensembles wie Gauthier Dance und der vielfältigen freien Tanzszene. Deswegen

Warm-up im Stadtmuseum.
Foto: Stadtmuseum Stuttgart/Saeed Kakavand



wollen wir das Festival Colours fortführen, der freien Tanz- und Theaterszene auf dem Weg zur eigenen Spielstätte helfen und die Förderung des Produktionszentrums Tanz + Performance e. V. erhöhen.

Figurentheater ist ein Schwerpunkt in Stuttgart und dabei auch, aber auch viel mehr als Puppenspiel für Kinder. Daher haben wir beantragt, das Ensemble Materialtheater nach mehreren Konzeptionsförderungen nun institutionell zu fördern sowie die Förderung des FITZ, des Theaters am Faden und des Theaters in der Badewanne zu erhöhen.

Auch die soziokulturellen Zentren, vom Merlin im Westen bis zum Laboratorium im Osten, tragen zur vielfältigen Kulturlandschaft Stuttgarts bei und bieten einen niederschweligen Zugang zur Kultur. Auch hier wurde die Förderung zum Teil schon seit Jahren nicht erhöht. Ihre Arbeit wollen wir stärker unterstützen. Das Kulturwerk, ein gemeinnütziges Arbeitshilfeprojekt und offener Treffpunkt, wollen wir sichern und weiterentwickeln.

NEUES WAGEN – INNO-FONDS GEBEN STARTHILFE! | Neben der Sicherung und Unterstützung des Bestehenden ist es aber auch wichtig, Neues zu ermöglichen. Neue Impulse und Konzepte können durch die verschiedenen Inno-Fonds der Stadt gefördert werden. Einige dieser Projekte haben nachhaltig überzeugt und wurden bereits regelmäßig über einen längeren Zeitraum gefördert. Wir haben daher beantragt, dass die Jurys uns Empfehlungen geben, welche Projekte in die institutionelle Förderung überführt werden sollen.

Dazu wollen wir weitere spannende Projekte und Einrichtungen unterstützen, die in keinen Inno-Fonds passen oder sich bislang anders über Wasser halten konnten. So leistet „Labyrinth“ eine nachhaltig-integrative Kulturarbeit mit geflüchteten Jugendlichen, MuSe bietet musikpädagogische Angebote für Senior*innen und das Theaterprojekt Kulturinitiative Bohnenviertel e. V. fördert das soziale Miteinander im Stadtbezirk und bietet kulturelle Teilhabe für Menschen mit Handicap und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche.

So innovative wie experimentelle Kunst bieten freie Ensembles wie Backsteinhaus Produktion und Lokstoff, Gruppen wie S-K-A-M und die Plattform für aktuelle Musik (ehemals Elektrominibarklingelton) oder der Kunstverein Wagenhallen.

Zudem möchten wir die Inno-Fonds besser ausstatten und erweitern. Daher wollen wir die Projektfördertöpfe Kulturelle Bildung und Literatur erhöhen und einen neuen Inno-Fonds Kunst im öffentlichen Raum einrichten. Den Inno-Fonds Clubförderung schreiben wir fort.

KULTUR FÜR ALLE | Mit dem Palais der Kolchose läuft im Stadtmuseum bereits Teil II des Warm-Ups vor der eigentlichen Eröffnung. Den Abschluss bildet im Februar das Filmpalais mit dem Stuttgarter Filmwinter. Das Museum macht sich bereits auf den Weg hin zu einem offenen Haus für die Stadtgesellschaft. Um es zu unterstützen und die Niederschwelligkeit zu stärken, haben wir beantragt, dass der Besuch im Stadtmuseum in den ersten beiden Jahren

kostenlos sein soll. Zudem möchten wir, dass sich Stuttgart weiter in die Kulturregion einbringt und deren bienales Festival dauerhaft unterstützt.

Auch die kulturelle Bildung ist ein Schwerpunkt der grünen Haushaltsanträge. Musik leistet einen wichtigen Beitrag zur kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung von Kindern. Zwar wird im neuen Bildungsplan für Grundschulen das Fach Musik wieder ausgebaut, doch ist für eine Hinführung zum aktiven Musizieren eine Ergänzung von städtischer Seite sinnvoll. Daher unterstützen wir das Konzept „Musik für alle“ zur Stärkung musikalischer Kompetenzvermittlung an Ganztagesgrundschulen und haben dafür Sachmittel und Stellen für die Stuttgarter Musikschule beantragt.

Petra Rühle

KULTUR II

Den Stamm stärken, er trägt die Krone

Forum der Kulturen

HAUSHALT 2018/19 | Stuttgart zeichnet sich durch seine vielfältige, multinationale Bürgerschaft, seine Weltoffenheit und Internationalität aus – trotz Kehrwoche. Mitgeprägt und vorangebracht wurde und wird die interkulturelle Kulturlandschaft Stuttgarts ebenso wie die gesellschaftliche Teilhabe der Stuttgarter Migrant*innen besonders durch die Arbeit des Forums der Kulturen. Es hat sich in den vergangenen Jahren zu einer kultur- wie integrationspolitisch bedeutsamen Institution von erheblicher Relevanz für wichtige Bereiche der Stuttgarter Stadtgesellschaft entwickelt. Wir wollen diese wichtige Integrationsarbeit weiter unterstützen.

Denn das Forum und die interkulturelle Arbeit in Stuttgart ist längst kein kleines Pflänzchen mehr, sondern ein Baum mit ausladender, breit gefächerter Krone. Doch kann ein dünner Stamm eine solche Krone auf Dauer nicht tragen. Vor allem nicht, wenn sie auch noch viele Blüten und Früchte trägt. Und neue Blüten kommen immer wieder hinzu, die landes- und bundesweit zu Vorzeigeprojekten werden, wie das House of Resources. Es reifen renommierte Festivals, neben dem Sommerfestival der Kulturen

auch das Theaterfestival „Made in Germany“ oder die Weltmusikakademie. Ohne all dies wäre Stuttgart deutlich ärmer. Daher müssen wir nun sukzessive die Basis des Forums der Kulturen stärken und ausbauen.

GUT, DASS WIR DAS FORUM HABEN. ES ERST NOCH AUFBAUEN ZU MÜSSEN, KÄME DIE STADT SEHR VIEL TEURER. | Zusätzlich zum Verwaltungsvorschlag von 100.000 Euro haben wir beantragt, den Zuschuss um weitere 120.000 Euro zu erhöhen. Auch dies deckt längst noch nicht die Bedarfe des Forums, die sich seit vielen Jahren aufgebaut haben. Denn die Förderung hat mit der rasanten Entwicklung bei Weitem nicht mithalten, der städtische Anteil am Etat des Forums liegt derzeit bei gerademal 18 Prozent. Doch ist es ein erster Schritt hin zu einer auskömmlichen und zukunftssicheren Ausstattung dieser wichtigen Institution. Hätten wir das Forum nicht, wir müssten es erfinden. Und müssten wir das, wie dies in anderen Städten nötig war und ist, wäre das nur mit einem Vielfachen an Invest möglich. Daher sollten wir schauen, dass wir den Baum, den wir schon haben, auch ausreichend pflegen.

Petra Rühle



Fotomontage: Verein Neckarwelle

SPORT I

KULTUR III

Film- und Medienhaus: Was lange währt ...

Wir brauchen ein Haus für den kritischen Umgang mit Film und Medien, doch es lässt auf sich warten. Wir wollen dem Verein Neues Kommunales Kino mit weiteren Mitteln auf die Sprünge helfen.

■ **HAUSHALT 2018/19** | Seit der Schließung des Stuttgarter KoKis im Jahr 2009 lassen die Bemühungen nicht nach, ein neues Haus für den Film in Stuttgart zu etablieren. Seit 2011 setzen sich im Verein Neues Kommunales Kino Stuttgart e. V. aktuell 23 Institutionen für ein Haus für Film und Medien ein. Im letzten Doppelhaushalt hat der Gemeinderat Planungsmittel für die zweite Phase einer Standortevaluierung und Planungsstudie eingestellt; damit wurden in den letzten beiden Jahren unter Federführung des Vereins Neues Kommunales Kino verschiedene Standorte architektonisch und stadtplanerisch untersucht. Die Zwischenbilanz ist vom Ausschuss für Kultur und Medien begeistert aufgenommen worden. Nun ist auch die zweite Phase abgeschlossen, die Ergebnisse konnten jedoch noch nicht im Ausschuss präsentiert werden. Auch sind offenbar noch umfangreichere Untersuchungen und Gespräche zum präferierten Standort nötig. Doch Stuttgart wartet schon lange auf einen öffentlichen Raum für Bewegtbilder. Bewegte Bilder prägen den Lebensalltag

von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in hohem Maße, aber in Stuttgart fehlt bislang der adäquate Ort für den kritischen Umgang mit Film und Medien. Daher ist es wichtig, dass die Konzepte und Planungen nun auch möglichst zeitnah umgesetzt werden können.

EHRENAMTLICH NICHT ZU MACHEN! | Außerdem ist es Zeit, dass die Arbeit des Vereins professionalisiert wird. Der Zeit- und Arbeitsaufwand, um ein Projekt dieser Größe weiter voranzutreiben, ist rein ehrenamtlich kaum zu leisten. Bislang arbeitet der Verein ohne öffentliche Gelder. Die weiteren Schritte benötigen jedoch einen professionellen Planungsstab. Damit der Prozess weitergehen und sich der Verein professionalisieren kann, bedarf es weiterer Mittel, die bislang nicht im Etat enthalten sind. Daher haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Bericht zum Sachstand und zum geplanten weiteren Vorgehen für ein Stuttgarter Haus für Film und Medien, zu den Planungen bezüglich einer Professionalisierung der Strukturen des Vereins Neues Kommunales Kino sowie zu den für die nächsten Schritte notwendigen Mitteln beantragt. Dieser Bericht wurde uns nun für die zweite Lesung zugesagt. Dann heißt es hoffentlich bald: Causa finita est!

Petra Rühle

Neckarwelle

■ **HAUSHALT 2018/19** | **WIR KÖNNEN ALLES – AUCH SURFEN?** | Die Idee einer Surfwellen nach Münchner Vorbild hat viele elektrisiert – so viele, dass sie im Bürgerhaushalt auf Platz 20 ge votet wurde. Hinter der Neckarwelle steckt eine Gruppe junger Ingenieure und leidenschaftlicher Wellenreiter, die in Stuttgart arbeiten. Sie haben einen technisch ausgereiften Vorschlag vorgelegt, der den Sportausschuss des Gemeinderats begeistert hat. Die Welle könnte in Untertürkheim beim Inselbad im Kanal hinter dem Wehr Platz finden. Mit der dort ansässigen Rudergesellschaft und mit der EnBW, die das Wehr zur Energiegewinnung betreibt, hat der Verein bereits Gespräche geführt, denn sie will nicht stören, sondern das Sportangebot in Stuttgart um einen Anziehungspunkt ergänzen.

Auch mir gefällt das, ich bin selber gern auf dem Neckar, ich rudere. Deshalb habe ich für die Haushaltsberatungen beantragt, dass genau geprüft wird, ob es machbar ist. Denn das ist keineswegs sicher. Die Welle führt dazu, dass sich der Stromertrag der EnBW etwas verringert, und der Kanal, in den man von der Brücke der Inselstraße aus blicken kann, ist ein naturbelassenes Refugium für Wasservögel. Und im Neckar ist schwimmen verboten, weil immer wieder zu viele Kolibakterien aus den Klärwerken das Wasser belasten.

Ist die Welle also die riesige Chance, den Neckar so sauber zu kriegen, dass man darin schwimmen kann? Viele Cannstatt- und Stuttgarter*innen wünschen sich das sehr.

Christine Lehmann

Was ich vom Wahlstand mitnehme

Fern von Jamaika: in Stuttgart viel bewegt!

■ Es war zwar Bundestagswahl, aber die Bürger*innen haben an den Wahlständen im Spätsommer gerne die Möglichkeit wahrgenommen, ihre Meinung auch zur Kommunal- und Landespolitik mitzuteilen – und das ist auch gut so. Dennoch habe ich des Öfteren schlucken müssen und war insbesondere verblüfft über den Satz: „Grün regiert und nichts passiert.“ Wie kann eine solche Aussage zustande kommen, wo wir doch so vieles auf den Weg bringen?

QUASI MINDERHEITSREGIERUNG |

Meine Erläuterungen haben meist Licht ins Dunkel gebracht, und daher möchte ich es hier nochmals niederschreiben. Wir haben zwar einen grünen Ministerpräsidenten und die Grünen als stärkste Fraktion im Landtag sowie einen grünen OB und zwei weitere grüne Bürgermeister von insgesamt sieben in Stuttgart, plus die zweitstärkste Fraktion im Gemeinderat. Dennoch kann man damit doch längst nicht von „Grün regiert“ sprechen, was gleichgesetzt wurde mit: „Ihr könntet doch alles durchsetzen, was Grüne schon seit Jahrzehnten fordern.“ Zwar haben die Grünen inzwischen viele Möglichkeiten, aber eben keine absolute Mehrheit!

In der Landesregierung gibt es eine Koalition mit der CDU. Wie schwer es teilweise ist, grüne Themen durchzusetzen, kann man fast täglich in der Zeitung zum Thema Verkehrspolitik in Baden-Württemberg lesen. Ich wünsche unserem grünen Verkehrsminister Winfried Hermann weiterhin diese Standfestigkeit! Und nun zur „städtischen Regierung“. OB Fritz Kuhn, die beiden Bürgermeister Werner Wölflle und Peter Pätzold sowie 14 Stadträt*innen von insgesamt 60: Das ist keine Mehrheit, und *dennoch* haben wir vieles bewegt – auf unserer Homepage nachzulesen: www.lust-auf-stadt.de.

Beate Schiener

Beate mit Cem am Bundestagswahlstand. Foto: Redaktion



SPORT II

Raus aus der Nische, fertig, los!

■ **HAUSHALT 2018/19 | SPORTPOLITIK IST QUERSCHNITTSAUFGABE** | Der Sportpolitik in Stuttgart haftete lange das Etikett an, ein reines Nischenthema und eine freiwillige und damit entbehrliche Aufgabe der Stadt zu sein. Aber stimmt das? Wir Grünen finden: Nein! Wenn die Menschen in unserer Gesellschaft älter werden, dann spielt Gesundheit eine entscheidende Rolle. Gesundheit und Sport sind jedoch unzertrennlich verbunden. Wenn Kinder nicht mal mehr dreißig Sekunden lang auf einem Bein stehen können, rückt die Schulung von Koordination und Balance in den Mittelpunkt. Denn diese haben nachweislich großen Einfluss auf die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Deswegen gehört Sport für uns nicht in die Nische.

FÜR STARKE VEREINE | Wer eine gute Sportpolitik machen will, muss die Vereine stärken; sie sind das Rückgrat des Stuttgarter Sports. Mit einer Reihe von Anträgen unterstützen wir unsere Vereine, denn sie sind nicht nur für Sport und Bewegung von zentraler Bedeutung. In Vereinen lernen Kinder und Jugendlichen – wie auch manch

ein Erwachsener – das Einhalten sozialer Normen und Regeln. Die Vereine leisten eine erhebliche integrative Arbeit, die den vielzitierten „Kitt der Gesellschaft“ ausmacht. Es geht dabei nicht nur um die vielen Initiativen zur Integration von Geflüchteten, sondern auch ums „Normalmachen“ von Heterogenität. Wenn man gemeinsam Sport macht, sind Alter, Rasse, Geschlecht, Hautfarbe, Behinderung oder Schulbildung zweitrangig. Diese Funktion des Sports wird oft unterschätzt. Wir Grünen wollen die Vereine in dieser Hinsicht stärken.

FÜR EINE STADT, IN DER MAN SICH BEWEGT! | Sportpolitik ist für uns auch, die Stadt hin zu einem Bewegungsraum umzugestalten. Deswegen legen wir mit einer Reihe von Anträgen den Grundstein für eine Stadtgestaltung, die Bewegung miteinbezieht. Wir möchten das ungeheuer erfolgreiche WasenSportSommer-Projekt in die Fläche bringen. Das von uns beantragte Geld würde mindestens sechs solcher Flächen im Stadtgebiet möglich machen. Zudem beantragen wir einen „Masterplan Trendsportarten“, der die Kooperation zwischen den Ämtern bei der Gestaltung des öffentlichen Raums stärken soll. Dabei geht es nicht nur um die Installation von z. B. Calisthenic-Anlagen, sondern auch ums optimale Ausgestalten von Fuß- und Radwegen. Denn wenn es angenehm und einfach ist, sich zu bewegen, werden die Menschen es auch tun. Für uns Grüne ist Sportpolitik also breit gefächert. Wir kämpfen deshalb dafür, dass aus dem Nischenthema eine echte Querschnittsaufgabe wird. Mit unseren Haushaltsanträgen legen wir dafür eine gute Grundlage.

Benjamin Lauber



Bienenweiden in der Stadt

Das Summen darf nicht verstummen!

■ **HAUSHALT 2018/19** | Das Bienensterben kennt leider keine Grenzen. In Deutschland sind in den letzten Jahren von geschätzten 1.200.000 Bienenvölkern etwa 450.000 gestorben – eine erschreckend hohe Zahl. Als Stadtgesellschaft können wir zwar nichts gegen die Varroa-Milbe unternehmen, aber wir können Bienenweiden als Nahrungsgrundlage bereitstellen und sowieso auf Pestizide verzichten. Städte können eine bunte Vielfalt an Blüten, Bäumen und Sträuchern hervorzaubern, wenn viele Bürger*innen mitmachen. Vom Frühjahr bis zum Herbst soll eine breite und bunte Palette an Blüten für Bienen, Schmetterlinge und andere Insekten geboten werden.

**FÜR IMMENFREUNDE FÜR UMME:
DAS PROJEKT „URBANE GÄRTEN“
SPENDIERT BIENENBLUMENSAMEN.** |

Natürlich ist es auch die Aufgabe der Stadt, möglichst viele öffentliche Flächen entsprechend zu bepflanzen. Deshalb haben wir beantragt, dass öffentliche Grünflächen, Friedhöfe und begrünte Straßenbegleitflächen mit für Bienen geeigneten Pflanzen und Sträuchern bepflanzt werden sollen. Auch sollen die blühenden Flächen so spät wie möglich gemäht werden.

Im Rahmen des Projekts „Urbane Gärten“ werden die Bürger*innen mit Informationsmaterial und Veranstaltungen über das Bienensterben informiert und angeregt, die Lebensbedingungen der Bienen selbst zu verbessern. Die Stadt verteilt dazu bei Aktionen Samentütchen für Gärten, Terrassen, Balkone und Baumscheiben.

Ich habe diesen Sommer die Blütenmischung getestet und tolle Ergebnisse nicht nur im Garten, sondern auch in kleinen Töpfen erzielen können. Ganz wunderbar hat sich zum Beispiel die Kapuzinerkresse entwickelt. Die sieht sogar im Herbst noch toll aus. Auf dem Speiseteller und im Salat haben ihre Blüten und Blätter nicht nur Farbe auf



*Nicht nur Bienen gefällt's.
Foto: Gabriele Munk*

den Tisch gebracht, sondern mit ihrem würzig scharfen Geschmack auch den Gaumen befeuert.

EFEUWAND UND INSEKTENHOTEL |

Was jetzt im Herbst für die Bienen besonders wichtig war, ist unser üppigst mit Efeu bewachsener Schuppen. Wenn sonst fast nichts mehr blüht, sind die Efeublüten eine absolut willkommene Bienenweide. Da geht bei schönem Wetter richtig die Post ab, und es ist eine wahre Freude zuzusehen, wie sich die Bienen auf diese selbstlose, extrem pflegeleichte und immergrüne Pflanze stürzen. Wer Efeu also einfach nur wachsen lässt, tut schon etwas für die Bienen. An alle, die einen Garten haben, einen Balkon oder auch nur eine Fensterbank: bitte viel bunte Natur in die Stadt bringen, denn nur englischer Rasen bietet den Bienen rein gar nichts. Und Obst wollen wir doch alle essen. Und wer dann noch ein Insektenhotel an die Wand hängt, hat was richtig Gutes für die fleißigen Wildbienen getan. Das wäre doch ein hübsches, alternatives Weihnachtsgeschenk! Unser Haushaltsantrag: Schaffung weiterer Blühflächen im öffentlichen Raum der Stadt Stuttgart nach dem bisherigen Konzept: 100.000 Euro sowie eine halbe weitere Stelle beim Garten-, Friedhofs- und Forstamt in Ergänzung zum

Gabriele Munk



Mehr Schläge

Wir sagen nein zu Nopaloma. Was wir wollen, sind weitere Taubentürme für bessere Geburtenkontrolle – auch in den Außenbezirken.

■ **HAUSHALT 2018/19** | Ohne an das Tierwohl zu denken, werden in der Stadt von etlichen privaten Unternehmen, insbesondere Einzelhandelsbetrieben, alle möglichen Taubenabwehreinrichtungen an den Gebäuden installiert. Als neuestes Abwehrmittel wird eine besonders perfide Paste namens Nopaloma eingesetzt, an der die Tauben kleben bleiben. Aber nicht nur Tauben bleibt das Zeug an den Krallen und Schnäbeln haften, sondern auch allen anderen Vögeln, Singvögeln wie Raubvögeln, und auch andere Kleinlebewesen und Insekten werden geschädigt. Eine Reduktion der Taubenpopulation wird damit nicht erreicht, das verursachte Tierleid aber ist groß.

TAUBENTÜRME WIRKEN – DAS IST NACHGEWIESEN. | Die einzige effektive Maßnahme, um dauerhaft den Bestand der Tauben in der Stadt noch intensiver als bisher zu kontrollieren, besteht aus weiteren betreuten Taubentürmen. Mit den bereits bestehenden wurden gute Erfahrungen gemacht; die Taubenpopulation wurde nachweislich eingedämmt. Wir wollen nicht nur in der Innenstadt weitere Taubentürme installiert wissen, sondern auch in den Außenbezirken. Wir fordern zwei bis drei neue Taubenschläge pro Jahr. Außerdem soll die Stadtverwaltung in den Außenbezirken ehrenamtliches Engagement für den Betrieb von Taubenhäusern fördern. Wer Ideen zu geeigneten Standorten hat, darf sich gerne melden.

Für den Doppelhaushalt 2018/19 haben wir zur Schaffung von zwei bis drei neuen Taubentürmen pro Jahr samt Betriebskosten insgesamt 140.000 Euro beantragt.

Gabriele Munk

■ AFD: FRAKTIONSSTATUS ADE?

Fiechtner sagt, er ist nicht mehr dabei – da wären's bei der AfD nur noch drei. Deren Chef, dessen Wechsel von der FDP zur AfD erstere den Fraktionsstatus gekostet und ihn letzterer gebracht hat, erkennt klar die „extrem schwierige Situation“: massiver Verlust an politischem Einfluss und Fraktionsgeldern. Deshalb solle bis Ende Januar erstmal alles so bleiben, wie es ist. Wetten, dass wer bis dahin viel Überzeugungsarbeit leistet?



Foto: Redaktion

GRÜNE NETZE

Biotopverbund in Stuttgart dauerhaft sichern!

Lebensräume vernetzen – eine für den Naturschutz enorm wichtige Aufgabe, für die das städtische Umweltamt das nötige Geld und Personal erhalten muss!

■ **HAUSHALT 2018/19** | Wussten Sie, dass ungefähr 40 Prozent der Tier- und Pflanzenarten in Baden-Württemberg in ihrem Bestand bedroht und etwa die Hälfte der 281 Biotoptypen gefährdet sind bzw. auf der Vorwarnliste stehen? Und das, obwohl Baden-Württemberg seit 2002 rechtlich verpflichtet ist, den Biotopverbund auf zehn Prozent der Landesfläche zu verwirklichen.

AUF DEM LAND WIE IN DER STADT: MANCHE MASSNAHMEN WÄREN DOCH SO EINFACH UMZUSETZEN! | Durch den Straßen- und Siedlungsbau schrumpfen auch in der Landeshauptstadt die Lebensräume für wildlebende Tiere und Pflanzen seit Jahrzehnten. Die verbleibenden naturnahen Landschaftsteile wie artenreiche Wiesen, Ackerbrachen und Feldraine werden weniger und verinseln immer mehr. Für den dauerhaften Bestand von Tier- und Pflanzenarten ist die Verbindung ihrer Lebensräume wichtig.

Tiere und Pflanzen brauchen Möglichkeiten, um ungünstigen Veränderungen in ihrem Umfeld ausweichen zu können. Unüberwindbare Hindernisse wie breite Straßen, überbaute Flächen oder ausgeräumte Landschaften zerschneiden die Lebensräume. Auch wachsen viele Biotope einfach zu, durch fehlende Pflegemaßnahmen oder nicht mehr vorhandene Nutzungen wie zum Beispiel die frühere Waldweidebewirtschaftung im Rotwildpark.

Der Biotopverbund bzw. die Biotopvernetzung dient somit der dauerhaften Bestandsicherung wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten. Um die Natur- und Artenvielfalt in Stuttgart zu sichern, wurde vom Amt für Umweltschutz ein wegweisendes, umfassendes Artenschutzkonzept erarbeitet, das im Frühjahr dieses Jahres veröffentlicht worden ist. Für die Umsetzung des Artenschutzkonzepts wurden im Haushaltsentwurf unseres Oberbürgermeisters bereits zwei Stellen beantragt, die wir natürlich sehr begrüßen und unterstützen.

Um insbesondere die Biotopverbundplanungen dauerhaft vorantreiben zu können, haben wir zusätzlich beantragt, eine Stelle im Amt für Umweltschutz zu entfristen. Diese Forderung entspricht auch der aktuell

vorgestellten Landesstrategie zur Stärkung der biologischen Vielfalt. Bei deren Vorstellung hat Landesumweltminister Franz Untersteller die Dringlichkeit der Vernetzung von vorhandenen Biotopen hervorgehoben.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE EHRENTAMTLICHEN | Erfreulicherweise engagieren sich in Mühlhausen, Zazenhausen und den Neckarvororten Bürger*innen mit ehrenamtlichen Biotoppflegemaßnahmen für den Natur- und Landschaftsschutz in unserer Stadt. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Lebensräume von schützenswerten Tier- und Pflanzenarten. Die Stelle beim städtischen Umweltamt ist auch dafür gedacht, die Ehrenamtlichen fachlich zu betreuen und zu unterstützen. Für die anfallenden Sachkosten haben wir ebenfalls 40.000 Euro beantragt.

Clarissa Seitz





AUS DEN BEZIRKEN:
S-WEST

Eine neue grüne Insel im dichtbesiedelten Westen. Illustration: Plankontor S1.

Große Schritte zum „Park für alle“

■ **HAUSHALT 2018/19 | DER DIAKONISSENPLATZ NIMMT ENDLICH GESTALT AN.** | Nach langen Planungen um die Jugendverkehrsschule im Hinteren Vogelsang wurde jetzt im Oktober endlich das Neubauprojekt samt Zeitplan dem Gemeinderat vorgestellt. Baubeginn ist im Herbst 2018, Fertigstellung Ende 2019. Die Bürgerinnen und Bürger freuen sich schon seit Langem auf die Öffnung des Diakonissenplatzes, der bisher ja noch ausschließlich von der Jugendverkehrsschule genutzt wird. Damit nach dem Umzug aber auch gleich mit der Umgestaltung begonnen werden kann, wurden dieses Jahr bereits die Weichen gestellt. Es wurde ein Verfahren gewählt, das Bürgerbeteiligung und Wettbewerb kombiniert. Landschaftsplanungsbüros konnten sich für das Projekt bewerben; daraus wurden vier Büros ausgewählt. Diese wurden verpflichtet, an den beiden moderierten Workshops der Bürgerbeteiligung teilzunehmen.

BAUMSCHUTZ UND DIE VORGABEN DER BÜRGER*INNEN WAREN DER MASSSTAB. | Im Februar formulierten die Bürger*innen ihre Wünsche. Es sollte ein Park für alle entstehen, der sowohl ruhige Zonen als auch Bereiche für Spiel und Bewegung umfasst. Besonderer Wert wurde auf den Schutz der Bäume, auf viel Grün und eine behutsame Umgestaltung gelegt. Auf dieser Basis erarbeiteten die Büros vier Entwürfe, die bei der zweiten Veranstaltung vorgestellt und dann auch bewertet wurden. Alle Entwürfe wurden intensiv diskutiert und die Vor- und Nachteile abgewogen. Ein entscheidendes Kriterium war

eindeutig der Baumschutz, ein möglichst geringer Versiegelungsgrad und die Nutzbarkeit der Fläche. Letztlich fiel die Entscheidung auf den Entwurf von Plankontor S1 Landschaftsarchitekten, der von Ulrich Schuster vorgestellt worden war. Die Stuttgarter Architekten planen den Rand des Platzes als Grünflächen mit schattenspendenden Bäumen. In der Mitte ist eine Spiel-, eine Bewegungs- und eine Multifunktionsfläche – z. B. für Nachbarschaftsfeste – einschließlich eines Brunnens angeordnet. Diagonal über den Platz wird ein neuer Querungsweg geschaffen. Dieser Entwurf sieht am wenigstens Baumfällungen vor und hat als einziger insgesamt eine positive Baumbilanz. Schließlich votierte auch der Bezirksbeirat West für den Entwurf von Plankontor S1. Jetzt muss die Planung bis zur Vergabe des Umbaus zusammen mit allen Beteiligten weiterentwickelt werden. Bedauerlicherweise hat das zuständige Amt aber vergessen, die Mittel dafür im Haushalt 2018/19 zu beantragen. Damit der Platz nicht jahrelang leer steht, hat die grüne Gemeinderatsfraktion die notwendigen Kosten beantragt. Da dies auch weitere Fraktionen erkannt haben, stehen die Chancen gut, dass der Westen in absehbarer Zeit seinen lange ersehnten neuen Park erhält.

Reinhard Möhrle,
Bezirksvorsteher Stuttgart-
West





Über Partizipation zu Identifikation

HAUSHALT 2018/19 | DIE BEZIRKE STÄRKEN! | Das Engagement und die Identifikation mit dem eigenen Quartier oder dem eigenen Bezirk ist eine der effektivsten Kräfte für gelebte Partizipation und Demokratie in einer Stadt. Durch dieses gemeinschaftliche und ständige Abwägen von Prioritäten entsteht vor Ort ein Sinn für Nachhaltigkeit und Gemeinschaft. Das wollen wir unbedingt unterstützen. Mit Stadtteilbudgets für städtebauliche Kleinmaßnahmen wollen wir allen Bezirken mehr und bessere Möglichkeiten geben, selbstständig Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität zu definieren.

DIE BÜRGER*INNEN ENTSCHEIDEN VOR ORT SELBST, WAS IM QUARTIER GESCHEHEN SOLL. DIE MÖGLICHKEITEN SIND VIELFÄLTIG. | Es sollen Möglichkeiten gegeben werden, eine umweltschonende Mobilität vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Das können zum Beispiel kleine Maßnahmen für ein besseres Wegenetz für Fußgänger sein oder Bordsteinabsenkungen für den Radverkehr. Es können kleine Renovierungen und Reparaturen kommunaler Einrichtungen oder einfach gewünschte Begrünungen oder Verschönerungsmaßnahmen im Bezirk sein. Der Bezirksbeirat entscheidet, wofür die Pauschale verwendet wird.

Um allen Stadtbezirken diese Möglichkeiten zu geben, haben wir für die Bezirke eine Vor-Ort-Pauschale in Höhe von 1,50 Euro je Einwohner*in beantragt; das entspricht 945.000 Euro im Jahr. Damit können Maßnahmen vom Bezirk selbstständig umgesetzt werden. Diese neue Pauschale schafft ganz neue Spielräume, vor Ort eigenständig Prioritäten zu setzen, und stärkt die Bezirksbeiratsgremien in ihrer Bedeutung.

HILFEN FÜR DIE NAHVERSORGUNG UND EIN BESSERES KULTURBUDGET, MEHR KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG – UND MEHR NETTE TOILETTEN! | Nahversorgung und kommunale Infrastruktur vor Ort sind essentiell für die Bürger*innen in den Stadtteilzentren. Um die nachhaltige Versorgung, in diesem Fall durch kurze Wege zum Einkaufen, zu fördern, haben wir im Rahmen des Projekts „Stadtteilzentren konkret – Handlungskonzepte für lebendige Stadtteilzentren“ zur Umsetzung investiver Maßnahmen 1.800.000 Euro im Jahr beantragt. Das Einzelhandelsangebot und die funktionalen Qualitäten in den Stadtteilzentren Bad Cannstatt, Feuerbach, Untertürkheim, Vaihingen, Weilimdorf und Zuffenhausen sollen verbessert werden. In den nächsten Doppelhaushalten sollen weitere Zentren bearbeitet und verbessert werden.

Auch Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte sollen vor Ort verwirklicht werden. Wir haben beantragt, dass ein Fonds für die Ämter zur konkreten Umsetzung für diese Vorhaben in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr eingerichtet wird. Das bestehende Kulturbudget der Bezirke soll angepasst und ausgeweitet werden. Bisher bekommen nur elf Bezirke eine Förderung der eigenen kulturellen Veranstaltungen – und diese in sehr unterschiedlichen Größenordnungen. Die Verwaltung soll ein nachvollziehbares Konzept erarbeiten. Unser Budgetantrag dafür beläuft sich auf 150.000 Euro jährlich. Die „Nette Toilette“ ist eine praktische und kostensparende Möglichkeit, der Bevölkerung mehr Toiletten zur Verfügung zu stellen, ohne eigene öffentliche Toilettenanlagen einrichten und unterhalten zu müssen. Die „Nette Toilette“ soll in den Innenstadtbezirken und in den Bezirken Möhringen, Stammheim, Untertürkheim und Vaihingen umgesetzt werden. Dafür haben wir 30.000 Euro im Jahr beantragt. Wir hoffen, dass unsere Anträge Mehrheiten finden. Unsere Bezirksbeiratsgremien und die Stadtteile sind es uns wert!

Gabriele Munk



MEIN PARKPLATZ, DEIN PARKPLATZ?

Um diese nicht mal 20 Parkplätze vor der Stuttgarter Markthalle tobt ein Kulturkampf: Die Promoter einer lebenswerten Innenstadt treffen auf die letzten Anhänger der autogerechten Stadt, die es immer noch für möglich halten, mitten im Zentrum der Großstadt kurz vorzufahren, in den Laden zu springen und eben schnell mal einzukaufen – wie beim Dorfmetzger. Besonders verwundert, dass die Händler und Gastronomiebetriebe das Potenzial nicht nutzen wollen, das sich böte, wenn sich die Markthalle hier nach außen öffnen würde.

Foto: Redaktion



Synagogenparkplatz: Wir wollen ein würdiges Angedenken!

BLICK ZURÜCK | Bis 1876 feierte die israelitische Gemeinde in Bad Cannstatt den Shabbat in einer „Betstube“ im Hintergebäude einer Fabrik in der Hofener Straße. 1876 wurde die Synagoge in der König-Karl-Straße feierlich mit den „kirchlichen und bürgerlichen Behörden“ der Stadt und der Nachbargemeinde Stuttgart eingeweiht. 1888 gründete sich ein Synagogenchorverein, der regelmäßig im Kursaal Konzerte gab. Das jüdische Leben in Bad Cannstatt war gut entwickelt.

Am 9. November 1938 erteilte der damalige Stuttgarter Branddirektor dem Leiter der Feuerwache III an der Mercedesstraße den Befehl zur Brandstiftung an der Synagoge. Nach dem Aufbrechen des Gebäudes wurde mit Benzin Feuer gelegt, und die Synagoge, aus Holz gebaut, brannte schnell vollständig nieder. Die Feuerwehr verhinderte ein Übergreifen des Brands auf die Nachbarhäuser.

Das einstige Synagogengrundstück, heute im Eigentum der Stadt, wird – bis auf den Teil direkt an der König-Karl-Straße – als Parkplatz genutzt und ist mit einer Tiefgarage unterbaut. 1961 wurde an der König-Karl-Straße ein Gedenkstein aufgestellt. 2004 ist die Gedenkstätte in einem Kunstprojekt von Schüler*innen des Albertus-

Magnus-Gymnasiums neu gestaltet worden. Am Abgang zur Tiefgarage verweisen Tafeln auf bedeutende Cannstatter*innen bzw. zeitweise in Cannstatt wohnende Personen jüdischen Glaubens; darunter Dr. Arnold Cahn, der Erfinder des Antefebrein, Dr. Fritz Elsas, bis 1933 Bürgermeister von Berlin, oder Bertha Thalheimer, Mitbegründerin des „Roten Frauen- und Mädchenbundes“.

TROSTLOS! | Trotz Gedenkstein und Kunstinstallation macht der Synagogenparkplatz einen trost- und lieblosen Eindruck. Insbesondere der Abgang zur Tiefgarage ist ein absoluter Schandfleck. Ein Parkplatz und die Hinterhofatmosphäre machen es zweifellos schwierig, ein würdiges Angedenken zu schaffen. Das Kunstprojekt zeigt aber, dass es möglich ist – wenn auch die Anmutung des Parkplatzes damit nur ergänzt worden ist.

Die Pogromnacht des 9. November jährt sich 2018 zum 80sten Mal. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte der Platz unter Einbeziehung des Gedenksteins und des Kunstprojekts so gestaltet werden, dass ein würdiges Angedenken sichtbar wird. Der besondere Schandfleck Abgangsbauwerk sollte entfernt oder umgestaltet werden.

Andrea Münch



Foto unten links: das Abgangsgebäude. Die roten Striche auf dem Asphalt zeichnen den Grundriss der Synagoge nach. Rechts: Gedenkstein für Synagoge und Reichspogromnacht. Fotos: Andrea Münch





Auch die Neugestaltung des Agnes-Kneher-Platzes haben wir beantragt. Foto: Beate Schiener

DEGERLOCH, SILLENBUCH

Von Waldau bis Weinsteige und Wannanbad

■ **HAUSHALT 2018/19** | Bei den Haushaltsberatungen richteten wir – neben den großen stadtweiten Themen – ein besonderes Augenmerk auf die äußeren Bezirke. Als Betreuungsstadträtin von Degerloch und Sillenbuch liegt mir ein lebenswertes Umfeld in den Bezirken besonders am Herzen. Und das bedeutet: | **DEN ÖFFENTLICHEN RAUM ATTRAKTIVER MACHEN.**

Dazu zählt etwa die nachhaltige Verbesserung des Erscheinungsbildes und die Attraktivität des Sport- und Erholungsgebiets Waldau. In der Planungswerkstatt 2012 war die Gestaltung und Wahrnehmung des öffentlichen Raums ein wichtiges Thema. Ein Leitsystem soll den Benutzer*innen nicht nur Orientierung im Gebiet bieten, sondern sie auch ermuntern, sich zu bewegen, zu klettern, zu balancieren. Für diese Ausarbeitung haben wir für das Jahr 2018 Planungsmittel beantragt.

Auch die Ortsmitte Degerlochs soll attraktiver werden. Wir haben dort rund um den Agnes-Kneher-Platz ein wunderbares Ensemble von öffentlichen und halböffentlichen Einrichtungen wie Bezirksrathaus, Helene-Pfleiderer-Haus, Alte Scheuer, Feuerwehr und den Neubau des Hauses der Kirche. Bereits im letzten Haushalt haben wir beantragt, die Möglichkeit zu prüfen, dort auch den Treffpunkt Degerloch im „alten Wannanbad“ anzusiedeln. Da wir bisher von der Verwaltung nichts vorgelegt bekommen, haben wir diesmal zusätzlich Planungsmittel für eine Neugestaltung des Agnes-Kneher-Platzes beantragt.

Nicht nur der öffentliche Raum, sondern auch die öffentlichen Gebäude müssen berücksichtigt werden. Seit Jahren machen die Bürgerinnen und Bürger auf ihr altes Rathaus in Heumaden aufmerksam, und der Bezirksbeirat Sillenbuch hat bereits mehrfach eine umfassende Sanierung gefordert. Das 1683 erbaute, denkmalgeschützte Fachwerkgebäude steht im historischen Ortskern Heumadens und prägt das Bild des ehemaligen Dorfkerns wesentlich mit. Im Jahr 2020 wird Heumaden mit vielen Veranstaltungen sein 900-jähriges Bestehen feiern. Wir wollen, dass das Kleinod bis dahin wieder in altem Glanz erscheint und von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden kann.

WEINSTEIGE: RAD- UND FUSSWEG-PANORAMASTRECKE IN AUSSICHT! | Von der Weinsteige habe ich bereits im letzten STADTBLATT berichtet. Seit 2011 beantragen wir Grünen die Neuordnung des Verkehrsraumes, um eine der schönsten Panoramastrecken Stuttgarts erlebbar zu machen. Nun sind entlang der Neuen Weinsteige Erneuerungen an den Stützkonstruktionen dringend notwendig, da die Absturzsicherung nicht mehr gewährleistet ist und die unterhalb der B 27 gelegenen Gebäude durch den Straßenverkehr gefährdet sind. Die abschnittsweise Sanierung müsste in den Jahren 2018 bis 2020 durchgeführt werden. In diesem Rahmen bietet sich nun die einmalige Chance, den Verkehrsraum neu zu ordnen, und damit kann eine der schönsten Panoramastrecken in

der Stadt zu Fuß oder mit dem Rad erlebbar gemacht werden: Der schmale Parkstreifen, der in erster Linie von Werbeanhängern genutzt wird, kann in Verbindung mit dem unbenutzbaren Gehweg als Geh- und Radweg hergestellt werden. Zudem könnte im Bereich einer der Aufweitungen eine Aussichtsplattform entwickelt werden. Für diese Panoramastrecke haben wir Mittel beantragt.

THEMA VERKEHR | Der Verkehr in den Außenbezirken muss dringend analysiert werden, sowohl der ruhende als auch der fließende. Der Gemeinderat wird jährlich neun Millionen Euro zur Verfügung stellen, um „Eine Zone für Stuttgart“ zu ermöglichen. Dann wird ein Parkraummanagement – insbesondere im Bereich der Stadtbahnhaltestellen an den Gemarkungsgrenzen – untersucht werden müssen. Auch der Verkehr im Degerlocher Ortskern muss neu organisiert werden. Der Bezirksbeirat Degerloch fordert seit Jahren die Erstellung eines Verkehrskonzepts für den Stadtbezirk, wozu zunächst einmal Verkehrsstromerhebungen erforderlich sind.

Was wir Degerloch hingegen nicht zumuten wollen, sind diese Anträge der CDU: einen Vollanschluss an die B 27 in der Tränke Degerloch herzustellen und die Filderauffahrt Hedelfingen in einem „Langtunnel“ bis Degerloch zu führen.

Beate Schiener



ALLE BEZIRKE

Car2go: Ausbau statt Rückbau!

■ Für mächtig Zündstoff hat die Gebietsreduktion von Car2go Anfang November gesorgt. Die Daimler-Tochter hatte nur zwei Wochen vorher überraschend angekündigt, ihr Gebiet um ein Drittel zu verringern. In vielen betroffenen Bezirken, in denen die Elektro-Smarts künftig nicht mehr abgestellt werden können, wurde bereits mit mehreren Bezirksbeiratsbeschlüssen protestiert. Auch wir finden, der Rückbau ist ein Schritt in die falsche Richtung. Für uns wäre der Ausbau der Flotte und nicht der Rückbau des Gebiets die Lösung, um mehr Fahrzeuge in die Innenstadt zu bekommen.

BESSERE ALTERNATIVE: MEHR VON DIESEN HELLBLAUEN E-MOBILEN! | Wir fragen uns, warum man das Problem der fehlenden Fahrzeuge nicht mit mehr Fahrzeugen statt mit kleinerem Geschäftsbereich lösen kann? Unverständlich ist für uns auch, warum keine anderen tariflichen Maßnahmen statt der Gebietsverkleinerung möglich waren. In Böblingen und Esslingen beispielsweise bleiben die Kerngebiete bestehen, das Abstellen kostet dort allerdings demnächst mehr.

Anstatt das Angebot für Stuttgarts Außenbezirke zu beenden, sollten aus unserer Sicht dringend Alternativen zur Gebietsreduktion geprüft werden. Denkbar wären zentrale Abstellpunkte in den Randbezirken, um die Rückholkosten zu reduzieren, eine Zusatzgebühr zum Abstellen wie z. B. in Böblingen oder tarifliche Anreize für die Rückführung von Fahrzeugen in die Innenstadt durch die Nutzer.

Durch den Wegfall der Außenbezirke verliert Car2go eine wichtige Ergänzungsfunktion zum Nahverkehr, da gerade die schlecht an den Nahverkehr angebotenen Bereiche nicht mehr bedient werden. Für uns ist das Free-Floating-Angebot der elektrischen Car2go-Flotte bisher ein wichtiges Standbein des Umweltverbands, das wir Grünen immer unterstützt haben. Wir hoffen daher, dass die Entscheidung zum Rückbau nochmals abgewendet werden kann und wir langfristig das Angebot in der Stadt verbessern und ausweiten können.

Björn Peterhoff



VAIHINGEN

Auf der Rohrer Höhe entsteht ein gemischtes Quartier für Jung und Alt

Vom Pflegeheim zum generationenübergreifenden Wohnen – das Hans-Rehn-Stift entwickelt sich weiter.

■ In Vaihingen auf der Rohrer Höhe, am Rand der Bebauung, liegt das Hans-Rehn-Stift, eine Pflegeeinrichtung des städtischen Eigenbetriebs „leben & wohnen“. Zwar besticht es durch „seine herrliche Halbhöhenlage mit wunderschönem Blick ins Tal“, doch die Abgelegenheit ist nicht nur für Besucher*innen und Bewohner*innen, sondern besonders auch für die Pflegekräfte ein großes Problem. Dazu kommt, dass das Gebäude aus den 1970er Jahren energetisch eine Katastrophe ist. Auch schränkt die derzeit vorhandene Gebäudestruktur die konzeptionelle Ausgestaltung nach dem neuesten gerontologischen und pflegewissenschaftlichen Stand stark ein. Zudem ist das Gebäude auch nicht mit der neuen Landesheimbauverordnung vereinbar. Da mehr als 100 Plätze nicht mehr zulässig sind, muss die Größe reduziert und müssen Doppel- in Einzelzimmer umgewandelt werden.

DAS STIFT IST IN VIELERLEI HINSICHT NICHT MEHR ZEITGEMÄSS. | Es musste also eine Lösung her. Entsprechend dem Grundgedanken der Hans-Rehn-Stiftung soll an dem Standort weiterhin ein Pflegeheim bestehen bleiben, doch braucht es dringend eine zeitgemäße Einrichtung für ältere und pflegebedürftige Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger. Zudem bietet sich hier die Chance, auf den dann nicht mehr benötigten Flächen dringend benötigten Wohnraum zu schaffen.

So soll hier nicht ein reines Pflegeheim, sondern zusammen mit dem Siedlungswerk ein lebendiges, generationenübergreifendes Quartier entstehen. Der Wettbewerb dafür ist gerade gestartet. Stationäre Pflegeplätze werden ergänzt durch ein ausdifferenziertes Angebot an betreutem Wohnen, kleinen, altersgerechten Wohnungen sowie barrierefreien Generationenwohnungen. Mit der Neukonzeption kann auf die steigende Nachfrage nach betreutem Wohnen reagiert, durch die Nähe der Wohnung zu einer Pflegeeinrichtung aber auch Sicherheit geboten werden. Auch die Begegnungsstätte wird ausgebaut – zum gemeinsamen, generationenübergreifenden Zentrum des Quartiers.

WOHNRAUM ENTSTEHT UND BALD AUCH EINE BESSERE INFRASTRUKTUR? CHANCE FÜR DEN GESAMTEN STADTEIL! | So kann hier oben ein gemischtes, belebtes Quartier entstehen, das zudem die dringend benötigten Personalwohnungen für das Hans-Rehn-Stift bieten muss. Dies ist auch eine Chance für den Stadtteil, denn eine weitere Belebung und Durchmischung bietet auch die Voraussetzung für eine künftig bessere Infrastruktur. Hier muss dann auf eine deutliche Taktverbesserung der Buslinie gedrungen werden.

Petra Rühle



S-MITTE, -SÜD

„Pauline“ aufwerten

Unter der Paulinenbrücke: Mehr Lebensqualität im öffentlichen Straßenraum – etwa durch Fahrradstation, Kletterwand, Slackline-Parcours

■ **HAUSHALT 2018/19** | Die Aufwertung des öffentlichen Raums ist für uns nicht nur ein Thema für die Innenstadt. In zahlreichen Anträgen haben wir in den Bezirken immer wieder entsprechende Projekte gefordert und alternative Nutzungsformen von Parkplatzflächen, wie Außengastro oder Parklets, vorgeschlagen. Damit sich diese neuen Nutzungsformen künftig öfter durchsetzen, haben wir eine zusätzliche Stelle im Amt für öffentliche Ordnung beantragt, die sich speziell mit solchen Nutzungen befassen soll. Zudem wollen wir, dass für die temporäre Begrünung von Parklets künftig Fördermittel aus dem aufgestockten städtischen Grünprogramm in Anspruch genommen werden können.

Ein zentrales Projekt zur Aufwertung des öffentlichen Raumes liegt für uns an der Paulinenbrücke. Der erste Shared Space in der Tübinger Straße hat uns gezeigt, wieviel Lebensqualität durch bauliche und verkehrliche Änderungen gewonnen werden kann. Aus einer tristen Straße voller Parkplätze hat sich hier eine belebte Achse mit viel Gastronomie und Aufenthaltsflächen entwickelt. Auch die Fahrradstraße ist heute ein viel gelobtes Projekt. Mit dem Umfeld um die Paulinenbrücke verblieb jedoch ein trister Fleck, der zudem die Bezirke Mitte und Süd voneinander trennt. Beide Bezirksbeiräte beschäftigen sich seit Langem mit dessen Aufwertung. Bereits 2012 machte der Jugendrat einen Gestaltungsvorschlag für den nördlichen Bereich unter der Brücke, der von der Verwaltung aufgegriffen und konkretisiert wurde.

IDEEN DES JUGENDRATS AUFGEGRIFFEN | Neben einer Fahrradstation soll eine Kletterwand, ein Slackline-Parcours und ein neues Beleuchtungskonzept geschaffen werden. Hierfür haben wir bereits im Bündnis für Mobilität Mittel für die Umsetzung der Radstation bereitgestellt und beantragen nun im Haushalt weitere 880.000 Euro für die Umsetzung der Planungen auf der Seite vom Gerber.



AUSSENBEZIRKE

Stäffelepflge

Unter dem südlichen Bereich der Brücke befindet sich ein großer Parkplatz, der durch das Gerber-Parkhaus mit über 600 Parkplätzen weitgehend überflüssig wird. Dort bietet sich die Möglichkeit, eine weitere städtebauliche Aufwertung zu erreichen.

„WO IST EIGENTLICH DIESER ÖSTERREICHISCHE PLATZ?“ | Unter diesem Slogan hat die Initiative Stadtlücken e. V. vor einem Jahr öffentlichkeitswirksam gezeigt, was für ein Potenzial dort schlummert. Die Idee, auf dem Parkplatz an der Tübinger Straße eine Freifläche zu schaffen und einen Bürgerbeteiligungsprozess zu starten, wurde von vielen Menschen vor Ort wie auch von der Gemeinderatsmehrheit unterstützt. Wir finden, dass man jetzt neben Mitteln für die Bürgerbeteiligung auch Mittel für die Umgestaltung des Straßenraums vom Parkplatz zu einer Freifläche bereitstellen sollte. Denn dann wird ein interessanter Prozess zur Zukunft des Areals gestartet, der viele innovative Nutzungsformen – bei Gewerbe, Kultur, Aufenthaltsflächen – prüfen wird. Auf alle Fälle aber wird am bisher wenig attraktiven Ort unter der Brücke ein schönes Zentrum entstehen, was die ohnehin beliebte und belebte Tübinger Straße weiter aufwerten wird.

Björn Peterhoff

■ **HAUSHALT 2018/19** | Fußwege, Natursteinstaffeln und Feldwege sind Kulturgüter und auch im Außenbereich zu erhalten. Vor allem in Hedelfingen, Heumaden, Sillenbuch, Ober- und Untertürkheim gibt es im Außenbereich ein dichtes Wegenetz, das landwirtschaftlich und gartenbaulich genutzten Gebieten zur Erschließung dient. Für Erholungsuchende, Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende ist dieses kleinteilige Wegesystem ebenfalls notwendig. In den weitgehend als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenen Gebieten sind die Natursteinstaffeln, Fuß-, Feld- und Pflasterwege in marodem Zustand, weil sie seit Jahrzehnten kaum gepflegt wurden. Nicht nur die Stuttgarter Stäffele im Stadtgebiet, die in den letzten Jahren punktuell mit Sondermitteln gerichtet wurden, sondern auch die zahllosen historischen Staffeln im Außenbereich sind es wert, unterhalten zu werden.

ERHALT VON WEGEN UND STAFFELN AUCH AM ORTSRAND! | Deshalb soll das Budget des Förderprogramms „Erhalt der von Weinbau geprägten Kulturlandschaft“ um 500.000 Euro erhöht und zweckgebunden zur Restaurierung und Pflege von Fuß- und Feldwegen sowie Natursteinstaffeln verwendet werden. Dafür sollen jährlich 250.000 Euro bereitgestellt werden.

Clarissa Seitz

Wege und Staffeln am Stadtrand erhalten – wie hier bei Wangen. Foto: Wolf-Dietrich Paul



Kommunalpolitische Chronik

Wieder wollen wir Ihnen an dieser Stelle Rechenschaft über den öffentlichen Teil unserer Anträge und Anfragen der letzten Monate geben, mit denen wir unser Grünes Programm auf den Weg bringen wollen. Anträge sind und bleiben das Königsrecht des Stadtrats, mit dem er die Verwaltung beflügeln oder zwingen kann, bestimmte Themen zu bearbeiten, und mit dem sich dann auch Abstimmungen in diesem Gremium herbeiführen lassen.
Eine Auswahl.

■ Die Stadtbahnlinie U1 soll 2020 auf 80-Meter-Züge ausgebaut werden. Schon heute sollte der Wilhelmsplatz in Bad Cannstatt dafür einen 80 Meter langen Bahnsteig erhalten, weil dieser die Entfluchtung des Cannstatter Wasens verbessern und die Sicherheit erhöhen könnte. Die Planung hätte aber nach Ansicht der beiden antragstellenden Fraktionen von Grünen und SPD die Situation für Fußgänger*innen massiv verschlechtert, da der barrierefreie Übergang zur Eisenbahnstraße entfallen würde und Engstellen geschaffen würden. Deswegen wird die **UNTERSUCHUNG EINES FAHRGASTFREUNDLICHEN 80-METER-BAHNSTEIGS AM WILHELMSPLATZ BAD CANNSTATT** vorgeschlagen, der die Fußgängerströme besser verteilt und weitere, attraktivere Verbindungen zur Marktstraße herstellt. Durch die Wegnahme einer Fahrspur für den Kfz-Verkehr – vertretbar, da der Abbiege-Verkehr in die Badstraße abnehmen wird und der Verkehr in Richtung König-Karl-Brücke abfließen kann – wird die Zugänglichkeit des Bahnsteigs verbessert und der Platz insgesamt aufgewertet.

Eine intelligente Integration des Taxiverkehrs in den öffentlichen Verkehr der Landeshauptstadt könnte nicht nur das Taxi-Gewerbe stärker im alltäglichen Mobilitätsmix in Stuttgart verankern und damit dessen Nachfrage und Ertragskraft stimulieren, sie könnte auch den öffentlichen Verkehr insgesamt stärken und damit zu den Zielen der Stadt Stuttgart bei Luftreinhaltung, Mobilität und Klimaschutz beitragen. *Jochen Stopper* regt an, **DEN TAXI-VERKEHR ALS BESTANDTEIL DES ÖPNV WEITERZUENTWICKELN**. Vielleicht mit einem Innenstadttarif zum Fixpreis, der eine Fahrt innerhalb der Tarifzone 10 abdeckt und zu einem attraktiven Eckpreis angeboten wird – beispielsweise „zehn für zehn“, also zehn Euro innerhalb der Tarifzone 10.

WEITERHIN ÄRGER MIT ALTGLAS-CONTAINERN. Das Klirren und Scheppern ist an vielen Glassammelplätzen sehr laut, vielleicht zu laut. Viele Altglascontainer sind nicht auf dem Stand der Technik. Bei sehr vielen – im Stuttgarter Westen bei

allen – sind die Gummikappen und Einwurfsrohre beseitigt. Andere, alte Container wurden von der Betreiberfirma mit einer Schallschutzmatte nachgerüstet, aber ebenfalls ohne Schlauch und Klappe. *Gabriele Munk* erkundigt sich, ob die Altglascontainer die Lärmschutzaufgaben erfüllen und regt an, an besonders exponierten Orten und im Rahmen von bereits beschlossenen Umbaumaßnahmen unterirdische Altglascontainer einzubauen.

Das Fraunhofer-Institut in Vaihingen, bekannt u. a. durch ebenso visionäre wie nachhaltige Visionen einer „Morgenstadt“, möchte sich an der Nobelstraße vergrößern, was begrüßt wird. In diesem Rahmen droht jedoch auch der Bau von 500 ebenerdigen Parkplätzen hinein in ein beliebtes Naherholungs- und Kaltluftentstehungsgebiet. Das passt eher zu einer **MORGENSTADT VON GESTERN** und wird von den Grünen und von SÖS-Linke-PluS abgelehnt. Das Gebiet soll weiterhin der Erholung dienen, findet *Beate Schiener*.

Benjamin Lauber will Asthmatiker- und Allergiker*innen durch eine kluge Auswahl von Bäumen schützen, denn **POLLENZEIT IST LEIDENSZEIT**. So schön der Frühling ist, so sehr ist er auch ein Grauen für Menschen mit Pollenallergien. Niesattacken, laufende Nasen, juckende Augen und schlimmstenfalls Asthmaanfällen sind die Folge. Vor allem Bäume und Sträucher, deren Pollen als aggressive Allergene gelten, sind dabei die Übeltäter. Auch und gerade im Bereich von Schulen und Kitas ist dies während der Blütezeit ein großes Problem. Vor dem Hintergrund steigender Zahlen von Allergiker*innen in der Bevölkerung ist daher eine sorgsame Auswahl der Bäume und Sträucher wichtig.

Die Downhillstrecke ist beliebt und wird viel genutzt. Viele Radfahrer*innen schieben ihr Fahrrad nach der Abfahrt durch den Wald wieder hoch, etliche fahren aber auch bis zum Marienplatz hinunter, um mit der Zahnradbahn wieder nach Degerloch hinauf zu fahren. Dabei rollen jedoch etliche durchs Eiernest und leider oft auch auf dem Gehweg am Marienhospital vorbei, was mitunter bei Fußgänger*innen zu erheblichen Irritationen führt. Eine optisch ein-

deutige Radroutenführung könnte Abhilfe schaffen und vor allem Ortsunkundigen die Richtung weisen. *Christine Lehmann* schlägt daher vor, eine **AUSLEITUNG FÜR DIE DOWNHILLSTRECKE BIS MARIEN-PLATZ** zu schaffen.

Das Fahrrad ist neben Bus und Bahn das Verkehrsmittel, das im Alltag beim Pendlerverkehr das größte Potenzial hat, um Autofahrten überflüssig zu machen. Strecken bis 20 Kilometer kann man heute gut mit E-Rädern (Pedelecs) zurücklegen. Das entlastet zu Stoßzeiten auch den öffentlichen Nahverkehr und schafft Platz für Menschen aus dem Umland, die vom Auto auf Stadtbahnen umsteigen. Das Land Baden-Württemberg hat mitgeteilt, sich an der Finanzierung von Radschnellwegen zu beteiligen; einige Kommunen und Landkreise rund um Stuttgart sind bereits in die Planung eingestiegen. *Christine Lehmann* fordert die Stadt auf, beim Land **MACHBARKEITSSTUDIEN FÜR RADSCHNELLWEGE** zu beantragen und sich mit benachbarten Kommunen und Kreisen über die Routenführung abzustimmen.

Schulkinder werden in Stuttgart sowohl im Stuttgarter Modell der Ganztageschule wie auch in den zahlreichen Schülerhäusern gut betreut – in beiden Fällen in enger Zusammenarbeit von Schulpädagogik und den Stuttgarter Trägern der Jugendhilfe. *Vittorio Lazaridis* hat das Anliegen, für die Kinder in Stuttgart die bestmöglichen Bildungs- und Betreuungsangebote zu schaffen, und möchte daher die **QUALITÄT IN DER SCHULKIND-BETREUUNG ENTWICKELN – SCHULE FÜR SCHULE**. Der

komplett neue pädagogische Weg der engen Kooperation des Systems Schule mit dem System der Jugendhilfe soll daher durch einen Qualitätsentwicklungsprozess begleitet werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass oft die verlässliche Grundschule die einzige Form der Betreuung darstellt, die aber weder personell noch konzeptionell auf dem Stand ist, den wir uns für unsere Kinder wünschen. Wir sollten hier in Stuttgart darüber nachdenken, sukzessive das Schülerhaus als Mindeststandard an Betreuung an den Schulen einzuführen.

Nach dem Landesglücksspielgesetz benötigen alle Spielhallen seit 1. Juli 2017 eine neue Konzession. Für diese muss nachgewiesen werden, dass zur nächsten Spielhalle ein Mindestabstand von 500 Metern besteht – sonst darf die Spielhalle nicht weiterbetrieben werden. Nach Ansicht von *Jochen Stopper* verfügt die Stadt damit über ein gutes Instrument, endlich gegen den Wildwuchs an Spielhallen in Stuttgart vorzugehen. Er drängt darauf, im Kampf gegen Spielhallenwildwuchs und Suchtgefahren das **LANDESGLÜCKSPIELGESETZ KONSEQUENT UMZUSETZEN**.

In diesem Sommer sind nicht alle Stuttgarter Brunnen geflossen. Mitten in der heißen Jahreszeit wurde bekannt, dass die 26 einst von der Netze BW betriebenen und unterhaltenen Brunnen 2017 nicht mehr in Betrieb genommen würden. Darunter auch jene am Rennweg auf der Wangener Höhe, die am Stuttgarter Rössle-Rundwanderweg liegen und auf der Wanderkarte als Trinkwasserbrunnen verzeichnet sind. Der Rössle-Weg wird viel von Schulklassen und Senioren-

wandergruppen gelaufen, auch Tourist*innen kommen häufig dort entlang, der Weg ist beliebt bei Jogger-, Radfahrer-, Spaziergänger*innen. *Vittorio Lazaridis* will, dass **IN HEISSEN SOMMERN ALLE BRUNNEN FLIESEN**, und drängt auf eine schnelle pragmatische Lösung.

Der Altersdurchschnitt der städtischen Mitarbeiter*innen liegt bei etwas über 47 Jahren. 28 Prozent sind über 55 Jahre alt, und ein Großteil der Mitarbeiter*innen geht bereits mit 63 Jahren in den Ruhestand. Im Jahr 2015 sind – wie prognostiziert – 41 Prozent mehr Mitarbeiter*innen in Rente gegangen als im Jahr zuvor. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken und beschleunigen. Um gegenzusteuern, erhöht die Stadt bereits die Zahl der Auszubildenden. *Andrea Münch* rät, im Sinne einer guten Personalbewirtschaftung den Personalerhalt wichtig zu nehmen und daher die mit einem Wegfallvermerk versehenen **„KW-STELLEN“ ZUR KOMPENSATION VON ALTERSABGÄNGEN ZU ENTFRISTEN**.

Carsharing ist schon lange etabliert, das Potenzial konnte jedoch wegen fehlender Stellplätze nicht voll ausgeschöpft werden. Mit dem neuen Carsharing-Gesetz, das am 1. September in Kraft getreten ist, dürfte sich das ändern, da die Stadt nun über eine Sondernutzung Plätze für gemeinschaftlich genutzte Fahrzeuge bereitstellen kann – wie es die Stadt Bremen praktiziert: Dort werden in allen Straßen, in welchen 30 Prozent der Kfz im Schnitt drei Tage lang nicht bewegt werden, in Abstimmung mit den Anwohner*innen Parkplätze für Carsharing

**DAS
STADT
BLATT**

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

gefällt Ihnen DAS STADTBLATT? Wir freuen uns über Ihr Lob, nehmen aber auch Ihre Anregungen sehr gerne entgegen.

Wenn Sie denken, dass Ihre Freunde, Bekannten und politischen Gegner DAS STADTBLATT ebenfalls lesen wollen, nehmen wir gern deren Adresse auf – schicken Sie uns einfach die umseitige Karte ausgefüllt zurück. Grüne Ziele müssen noch bekannter gemacht werden, grüne Politik braucht noch mehr Unterstützung. Schön, wenn Sie uns dabei helfen.

zusätzlich hergestellt. *Beate Schiener* drängt darauf, **NEUE RAHMENBEDINGUNGEN JETZT ZU NUTZEN** und auch in Stuttgart ein **KONZEPT FÜR DEN AUSBAU VON CARSHARING** zu erarbeiten.

Immer mehr Stuttgarter Kinder verbringen den ganzen Tag in der Schule. Diese und die Stadt achten darauf, dass der Ganztagsunterricht pädagogisch wertvoll, abwechslungs- und auch erlebnisreich gestaltet wird. Leider wird das für Kinder besonders wichtige Erleben von Natur nicht in dem Maße gefördert, in dem Sport, Kultur und Musik unterstützt werden. Hier sieht *Gabriele Nuber-Schöllhammer* eine entscheidende Lücke. Die Autor*innen des Jugendreports Natur 2016 konstatieren bei Kindern und Jugendlichen eine immer stärkere Entfremdung von der Natur: „Das Interesse an ihr ist deutlich zurück-, ja verloren gegangen.“ Einige wenige Schulen bieten in Zusammenarbeit mit den Jugendfarmen und Umweltverbänden wie BUND oder NABU Naturerfahrungen für die Kinder an. Angebote sind aber aufgrund der unzureichenden Finanzierung außerordentlich schwierig. Daher soll **„NATUR IM GANZTAG“** ähnlich gefördert werden wie die Angebote „Sport im Ganztage“ oder „Musik für alle“.

Der Wohnungsbericht der Stadt zeigt auf, dass sich der Sozialwohnungsbestand in Stuttgart selbst dann weiter verringern wird, wenn alle im Bündnis für Wohnen vereinbarten Wohnungen gebaut und neue Belegungsrechte geschaffen sind. Deshalb halten es die Fraktionen von Grünen und SPD für umso wichtiger, dass mehr Bauflächen

in städtische Hand kommen, und somit der Gemeinderat darüber entscheidet, dass insbesondere solcher Wohnraum geschaffen wird, den sich Menschen mit niedrigerem Einkommen leisten können. *Silvia Fischer* erkundigt sich nach dem **ENBW-GELÄNDE STÖCKACH. WIE KANN DER ANKAUF UNTERSTÜTZT WERDEN?** Ziel ist es, dieses Gelände zu einem **VORBILDLICHEN ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN QUARTIER** zu entwickeln.

Andrea Münch erkundigt sich, ob **SCIENTOLOGY KÜNFTIG IN DER HEILBRONNER STRASSE 67/69** residieren wird, und fragt nach den Maßnahmen, mit denen die Stadt auf die Gefährlichkeit von Scientology hinweist. Diese Organisation wird seit 1997 vom Landesamt für Verfassungsschutz wegen politisch relevanter Bestrebungen gegen die Verfassung beobachtet. Die derzeitige Scientology-Niederlassung in der Reichenbachstraße 26 muss aufgegeben werden, sobald dort die Bauarbeiten für den „Neckarpark“ beginnen. Laut Verfassungsschutz hat Scientology im Jahr 2010 für acht Millionen Euro über eine Strohmannkonstruktion die Immobilien Heilbronner Straße 67/69 erworben. Im Namen von Scientology Baden-Württemberg wurde der Kauf bislang bestritten; das heißt aber nicht, dass die Zentrale in den USA oder andere weltweit vertretene Organisationseinheiten von Scientology vom Erwerb ausgeschlossen sind.

Nach Ansicht von *Silvia Fischer* soll die Stadt **BRÜCKEN BAUEN IN DIE AUSBILDUNG ZUR GESUNDHEITS- UND KRANKENPFLEGER*IN**. Die Gewinnung von Pflege-

personal stellt Krankenhäuser und Pflegeheime vor große Herausforderungen. Allein im Klinikum Stuttgart müssen jedes Jahr aufgrund von Fluktuation ca. 300 Stellen im Pflegebereich neu besetzt werden. Diese Zahl wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Deshalb ist es besonders wichtig, junge Menschen für Pflegeberufe zu begeistern und ihnen Brücken in die Ausbildung zu bieten. Bei anerkannten Ausbildungsberufen ist die sechs- bis zwölfmonatige geförderte Einstiegsqualifizierung dafür eine gute Möglichkeit. Da es sich bei der Ausbildung zur/zum Gesundheits- und Krankenpfleger*in nicht um einen anerkannten Ausbildungsberuf handelt, wollen wir wissen, welche Möglichkeiten stattdessen vom Klinikum Stuttgart, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter und der Stadt gesehen werden, damit Brücken in die Ausbildung im Bereich Gesundheits- und Krankenpflege gefördert werden können.

Die Ankündigung von **CAR2GO**, die Flotte in Stuttgart stärker auf das Kerngebiet zu konzentrieren und das Geschäftsgebiet auf etwa zwei Drittel des bisherigen Gebiets zu verkleinern, ist ein Schritt in die falsche Richtung. **AUSBAU STATT RÜCKBAU** wäre, gerade angesichts der Debatte über Fahrverbote und geeignete Maßnahmen zur Luftreinhaltung, die richtige Strategie. Als flexible Ergänzung des ÖPNV-Angebots in der Stadt sollen auch die eher schlecht an den Nahverkehr angebotenen Gebiete abgedeckt werden können. Ein Free-Floating-Angebot, das sich lediglich auf die gut per ÖPNV erreichbaren Bereiche im Stadtzentrum beschränkt, verliert die wich-

[Antwort gern auch via E-Mail an: gruene.fraktion@stuttgart.de, oder per Fax an: 0711 216-60725]

Ja bitte,
senden Sie DAS STADTBLATT künftig auch an
diese Adresse/n, per Post oder E-Mail:

An
Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat Stuttgart
Rathaus, Zimmer 8
Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Ja, ich habe einen Verbesserungsvorschlag:



Foto: Redaktion

tige Ergänzungsfunktion. Björn Peterhoff bittet um einen Bericht von Car2go im Ausschuss für Umwelt und Technik.

Björn Peterhoff will **MEHR ÖFFENTLICHEN RAUM BEIM „PALAST DER REPUBLIK“** gewinnen, dessen Nachbargebäude in der Lautenschlagerstraße 24 für ca. zwei Jahre kernsaniert wird. Um den Palast herum ist in den letzten Jahren ein einzigartiger kommunikativer und kreativer Ort entstanden, an dem etliche Bars und Restaurants eröffnet haben und der sich zu einem der begehrtesten Treffpunkte entwickelt hat. Das bunte Leben auf dem Platz würde durch die Baulogistik eingeschränkt werden, ebenso die Außengastronomiefläche der bisher fünf Gastronomieanrainer. Durch eine Entwidmung der Lautenschlagerstraße für den Kfz-Verkehr – wie im Zielbeschluss einer autofreien Innenstadt auch schon angelegt – ließen sich die negativen Wirkungen der Bauarbeiten mildern; der gewonnene öffentliche Raum sollte dann Fußgänger- und Radfahrer*innen vorbehalten sein und Verweilflächen bieten.

Seit 1991 werden im ehemaligen Lauster-Areal an der Neckartalstraße Abfälle gelagert, sortiert und behandelt. Nun soll eine neue Recyclingfirma – ein Zusammenschluss aus drei Unternehmen – entstehen. Die künftigen Betreiber haben beim Regierungspräsidium eine Ausnahmegenehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz beantragt, weil dort auch wassergefährdende Stoffe gelagert werden sollen – das Gelände liegt in der Kernzone des Heilquellenschutzgebiets. Clarissa Seitz macht auf

OFFENE FRAGEN ZUM RECYCLING-PARK aufmerksam und fragt nach möglichen Gefahren für das Grund- und Mineralwasser sowie den Belastungen aus den Anlieferverkehren.

Grüne und SÖS-Linke-PluS wollen die Taubenpopulation eindämmen – mit **TAUBENSCHLÄGEN STATT -ABWEHRPASTE!** Von der Öffentlichkeit bisher wenig bemerkt, wird zur Taubenabwehr bundesweit die polymerbasierte, stark klebende Paste „Nopaloma“ aufgebracht, in Stuttgart u. a. am Einkaufszentrum Milaneo. Die mit Quarzsand bedeckte Klebemasse soll bei Vögeln, die darauf landen, ein unangenehmes Empfinden hervorrufen, sodass sie nach zwei- bis dreimaliger Wiederkehr ganz wegbleiben. Der Quarzsand soll ein Berühren der Klebepaste beim Landen verhindern. Mit ihren Krallen durchdringen die Tauben den Sand aber und kommen mit der Paste dennoch in Berührung. Nicht nur Tauben, auch weitere, besonders und zum Teil streng geschützte Vogelarten drohen direkt Schaden zu nehmen – vor allem durch Verkleben der Füße, des Schnabels und des Gefieders. Clarissa Seitz fordert daher, „Nopaloma“ in Stuttgart sofort zu verbieten.

Martin Steeb

Alle diese Anträge und Anfragen wie auch weitere, hier nicht erwähnte Anträge und – soweit vorhanden – die Stellungnahmen der Verwaltung dazu können auf der Homepage der grünen Gemeinderatsfraktion nachgelesen werden: www.lust-auf-stadt.de/antraege



S-MITTE, -SÜD

VOM UN-ORT ZUM URBANEN STADTRAUM: EINE „STADTLÜCKE“, BALD ZU BESPIELEN VON ALLEN, FÜR ALLE!

Die grüne Fraktion machte und macht das Tor zum Süden zum angesagten urbanen Stadtraum. Nach dem Shared Space, den Umgestaltungen um St. Maria und den Rupert-Mayer-Platz und dem geplanten und bald realisierten Bereich unter der Paulinenbrücke am Gerber mit Fahrradstation und Jugendzone entstehen auf diesen Parkplätzen freie Flächen für kulturelle Zwischennutzungen. Das kreative Konzept dafür soll gemeinsam von der Initiative Stadtlücken e. V., der Stadtverwaltung und interessierten Bürger*innen entwickelt werden.

Vom Plus ins Minus? Differenzierte Betrachtung hilft!

■ **TRAUE KEINER STATISTIK, DIE DU NICHT SELBST ...** | „Vom Plus ins Minus“ war die Studie der IHK Region Stuttgart überschrieben, die in der Sommerflaute heftige Wellen geschlagen hat. Die Region sei zwar eine bedeutende Wirtschaftsregion, in der es sich gleichermaßen gut leben und wirtschaften lasse, jedoch gäbe es keinen Grund, sich auf dem erreichten Niveau auszuruhen, lautete das Fazit. Mehr Mahnung als Ansporn. In ihrer Studie hat die Kammer vorgerechnet, dass mehr Unternehmen aus Stuttgart und der Region wegziehen, als neue kommen. Und für die Landeshauptstadt hätte sich der Trend zur Stadtfucht sogar verstärkt.

DAS KANN MAN VERGESSEN? JA, DIE IHK KANN! | Eine differenzierte Betrachtung im Wirtschaftsausschuss des Stuttgarter Gemeinderats hat kürzlich die Fakten geliefert:

- Erstens handelt es sich bei den wegziehenden Betrieben fast ausschließlich um Kleinbetriebe – 92 Prozent haben weniger als 20 Beschäftigte – und 50 bis 60 Prozent von ihnen geben private Gründe für den Umzug an. Bei Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten stehen 23 Fortzügen 26 Zuzüge gegenüber.
- Zweitens hat die Kammer die Neueintragungen von Betrieben „vergessen“. Die Zahl der Betriebe steigt nämlich.

Nach den Zahlen der IHK selbst um sage und schreibe 1.273 Betriebe zwischen 2012 und 2016 und nach dem Handelsregister um 1.993 Betriebe zwischen 2006 und 2014.

- Und drittens: Stuttgarts wirtschaftliche Leistungskraft ist herausragend. Denn nicht nur die Zahl der Betriebe ist gewachsen, sondern auch die Zahl der Arbeitsplätze und die Steuereinnahmen. Stuttgart ist sogar Spitzenreiter unter den deutschen Großstädten: Nirgendwo wurde ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätiger/-tätigem erwirtschaftet als eben hier.

KORREKT, LIEBE IHK: KEIN GRUND, SICH AUF DIESEM NIVEAU AUSZURUHEN. | Wir raten: erstmal Studien üben. Eine Aufgabe für den neuen IHK-Hauptgeschäftsführer, dem wir zum Amtsantritt gratulieren.

Andreas G. Winter

DAS STADTBLATT | DEZEMBER 2017 | IMPRESSUM

Herausgeber*innen: Anna Deparnay-Grunenberg, Silvia Fischer, Benjamin Lauber, Vittorio Lazaridis, Christine Lehmann, Andrea Münch, Gabriele Munk, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Björn Peterhoff, Petra Rühle, Beate Schiener, Clarissa Seitz, Jochen Stopper, Andreas G. Winter

Titelfoto: UN Division for Sustainable Development

Redaktion: Petra Rühle und Andreas G. Winter (verantwortl.), Nicole Rogalski, Martin Steeb

Redaktionelle Mitarbeit, Gestaltung: Sabine Weissinger, freie Journalistin, Stuttgart

Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart
Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
Telefon 0711 216-60722, -60723, -60727
Telefax 0711 216-60725

Geschäftsstelle:
Rebecca Benez, Thomas Dengler, Nicole Rogalski, Martin Steeb

Diskussionsbeiträge willkommen unter:
gruene.fraktion@stuttgart.de

Druck: UWS, Stuttgart, auf 100 % Recyclingpapier
DAS STADTBLATT wird auf Wunsch zugeschickt und ist über das Internet verfügbar:
www.lust-auf-stadt.de

